



Berliner
Frauenbund
1945 e.V.

Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin
kontakt@berliner-frauenbund.de
www.berliner-frauenbund.de

V.i.S.d.P: Mechthild Rawert,
Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Berlin, den 18.12.2025

Newsletter des BFB 1945 e.V. – Dezember 2025

Vorwort

- I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin**
- II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten**
- III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter**
- IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischem Umfeld**

Liebe feministisch Engagierte und Interessierte, liebe FLINTA+,
liebe Mitfrauen und Freund*innen des Berliner Frauenbund 1945 e.V.,

für viele von uns endet die zumeist hektische berufliche Vorweihnachtszeit am 19.12., die private Hektik reicht zumeist noch bis zum 23.12 – schwer also die Geruhsamkeit zu finden, die wir uns alle gegenseitig wünschen. Ich möchte euch im Namen des gesamten Vorstandes für jeden noch verbleibenden Adventstag das Öffnen eines Türchens wünschen, welches dich erinnert: **Feminismus bedeutet auch, gut zu dir selbst zu sein, bedeutet Freude und Selbstbestimmung zu erleben.**

Wir wünschen euch an den Weihnachtstagen ein fröhliches Zusammensein mit euren Lieben. Noch vor Sylvester wäre doch auch mindestens eine Mußestunde zum Reflektieren des vergangenen Jahres 2025 gut, u.a. zu den Fragen: Was habe ich zum ersten Mal in meinem Leben erlebt? Welche Erlebnisse waren meine schönsten? Welche Fähigkeiten und Kompetenzen habe ich mir neu angeeignet? Was hat mich neugierig gemacht und mich bereichert? Wir alle werden feststellen, 2025 war mehr als nur ein Jahr der Belastung und der Multistapelkrisen. **Wünschen wir uns allen einen optimistischen Start ins Neue Jahr 2026 und viel Überzeugungskraft und Enthusiasmus zum Erkämpfen von mehr Feminismus in allen Lebensbereichen.**

2025 war geprägt von großen politischen und finanziellen Herausforderungen aber auch von Ermutigendem und Inspirierendem.
Auch für uns **als Verein und Träger** gab es Belastendes und Erfreuliches:
Als **Verein** haben wir in Zeiten von Antifeminismus und populistischen

antidemokratischen Nationalismus an vielen Stellen lautstark Gesicht für Vielfalt, Gendergerechtigkeit und gegen soziale Ungleichheit. Uns hat gefreut: Wir waren nie allein - nicht auf den Demos, u.a. am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.25 am Brandenburger Tor, nicht auf den eigenen oder Dritt-Veranstaltungen, nicht in unseren monatlichen Mitfrauenveranstaltungen.

Als **Träger** erfahren wir 2025 Kürzungen in allen unseren öffentlich geförderten Projekten. Als Vorstand ist uns schmerhaft bewusst, dass Etat-Kürzungen nicht spurlos an den gewollten Unterstützungsleistungen in Beratung, Bildung, Beschäftigung, zivilgesellschaftliche Stärkung, etc. vorbei gehen. Aber **auch hier gilt:** Ins Jahr 2026 gehen wir mit dem starken Willen weiter für #unkürzbar in den Frauen(projekte)infrastruktur und für Vielfalt, Gendergerechtigkeit und gegen soziale Ungleichheit und Diskriminierung zu kämpfen.

Wir bedanken uns von Herzen bei unseren Mitarbeiterinnen, die mit viel Verve versuchen, möglichst vielen Bedarfen der Berliner*innen auftragsgemäß gerecht zu werden. Wir danken unseren **Mitfrauen**, unseren Unterstützer*innen und **Begleiter*innen** und **vielen gesellschaftspolitisch Engagierten** für eine vertrauensvolle und verlässliche **Zusammenarbeit**.

Wenn Bedarfe wachsen, muss Solidarität mitwachsen

In jedem unserer Projekte [KOBRA – Beratung zu Beruf, Bildung, Arbeit & Familie, Pflege, Vereinbaren in Berlin](#), [Grosselterndienst](#), [Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben \(Die Löwin\)](#), [Alleinerziehend in Friedrichshain-Kreuzberg – Dein Netzwerk für Beratung und Unterstützung](#) steigen die Bedarfe nach Beratung und Unterstützung rasant, doch die Mittel, die wir durch die öffentliche Förderung erhalten, wachsen nicht mit. Für die Mitarbeiterinnen und für uns als Träger ist dieses mit mangelnder Planungssicherheit aber auch mit immer mehr hauptamtliche Zeit für Verwaltung und Antragsarbeit zur Sicherung des Projektes verbunden. Als gemeinnütziger Verein mit einem ehrenamtlichen Vorstand wird den Vorstandsfrauen viel abverlangt.

AG Begleitgruppe Doppelhaushalt

Besonders bedanken möchte ich mich auch bei den Vertreterinnen von arbeitsmarktpolitischen Projekten, mit denen sowohl Dr. Hildegard Schicke als auch ich - beide BFB 1945 e.V. - dieses Jahr in der Begleitgruppe Doppelhaushalt sehr eng zusammengearbeitet haben. Über unser Ziel „Keine Kürzungen in den Projekten der Berliner Fraueninfrastruktur“ und Aktionen habe ich in den vergangenen Newslettern ausführlich berichtet.

Als Erfolg zählt für uns als Mitglieder des Runden Tisch der Berliner Frauenprojekte die gewachsene Kommunikation und Kooperation zwischen verschiedenen Netzwerken und Initiativen der Berliner Fraueninfrastruktur wie z.B. mit dem [Forum Berliner Migrantinnen-Projekte](#), dem [berliner frauen netzwerk \(bfn\)](#) oder dem [Berliner Netzwerk gegen sexuelle Gewalt](#). In der Vergangenheit haben wir uns zumeist ausschließlich in Netzwerken entsprechend der Titelaufteilungen im Berliner Haushaltsplan organisiert. Damit soll aus unserer Sicht nun Schluss sein. Wir wollen uns als Frauen*/Flinta++-Projekte in 2026 wirksamer verbünden! Bei allen fachlichen

Unterschieden eint uns: Wir wollen die Notwendigkeit und Wirksamkeit der Berliner Frauen(projekte)infrastruktur sowohl den Berliner*innen als auch dem Senat und dem Berliner Abgeordnetenhaus gegenüber stärker deutlich machen. Wir wollen die nicht bedarfsgerechten Kürzungen nicht hinnehmen und zeigen, dass Frauen* und ihre Interessen sowohl in der Zivilgesellschaft, der Politik als auch der Verwaltung viel stärker gehört werden müssen!

Ein gravierender Misserfolg für uns ist, dass ausgerechnet die im Runden Tisch der Berliner Frauenprojekte organisierten arbeitsmarktpolitischen Projekte in 2026/2027 weiter mit den vor Monaten mitgeteilten Kürzungen zurechtkommen müssen. Das empfinden wir als nicht gerecht hinsichtlich der wachsenden Bedarfe unter den vielen Berliner*innen.
Immer wieder müssen wir in unseren Projekten Ratsuchende aufgrund von Ressourcenmangel abweisen, was eine sehr unbefriedigend Situation ist. Klar ist: **Ökonomische Unabhängigkeit ist ein wesentlicher Baustein für ein selbstbestimmtes Leben! Die dafür notwendigen Voraussetzungen für jede Berliner*in und entsprechende fachlich geschulte Projekte wollen wir verstärkt ins Licht setzen. Unser Ziel: Mehr Geld genau in diese Unterstützungsstrukturen!**

Die Kürzungen im Anti-Gewaltbereich wurden zuletzt zurückgenommen, es hat sogar Aufwühse gegeben. Wir freuen uns natürlich für diese Projekte und für die Stärkung des gemeinsamen Kampfes gegen Gewalt gegen Frauen. Auch wir nehmen wahr, dass häusliche und sexualisierte Gewalt als auch Femizide steigen – was eine gesellschaftspolitische Schande ist! Aber auch für von Gewalt bedrohte bzw. betroffene Frauen gilt: Der Weg in die ökonomische Unabhängigkeit ist das Fundament für ein selbstbestimmtes Arbeitsleben und ein Streben um Anerkennung. So stehen nach einem Frauenhausaufenthalt zwei Drittel (64 %) der ehemaligen Bewohner*innen im SGB-II-Leistungsbezug. Vor dem Aufenthalt waren es nur 39 % der Frauen. Die [Statistik für 2024](#) zeigt zudem, dass während des Frauenhausaufenthaltes der Anteil von Frauen, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen, von 23 % auf 16 % zurückging – vgl. auch die Website [Leben nach dem Frauenhaus](#).

Anfang 2026 werden wir uns als AG Begleitgruppe Doppelhaushalt strategisch neu aufstellen, ggf. auch neu benennen. Wir sind überzeugt: Chancengleichheit am Arbeitsmarkt setzt das volle Potenzial jedes Menschen frei und fördert damit eine leistungsfähige Wirtschaft. Nur wenn Frauen und Männer gleichermaßen Chancen ergreifen können, entwickelt sich ein resilenter und zukunftssicherer Arbeitsmarkt. Strukturwandel, Digitalisierung und demografische Veränderungen konfrontieren uns mit komplexen Aufgaben – zugleich eröffnen sie neue Wege. Wir wollen zentrale Fragen der Arbeitswelt von heute und morgen diskutieren: Wie fördern wir konsequent die Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt? Welche Strategien und Maßnahmen brauchen wir, um die Transformationen des Arbeitsmarktes geschlechtergerecht zu gestalten?

Wir alle haben für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gemeinsame Solidarität nach wie vor große Herausforderungen zu bewältigen, u.a.

- **eine solidarische und gerechte Gesellschaft schaffen**
 - für alle Geschlechter in Bildung und Beschäftigung im gesamten Lebensverlauf
 - für alle Generationen in Bezug auf eine würdevolle Rente ohne Altersarmut: Die gesetzliche Rente ist für Frauen die wichtigste Quelle ihrer Altersvorsorge und die stärkste Säule, um Zeiten für Kinder- und Angehörigenbetreuung finanziell anzuerkennen
 - für alle Zeit ermöglichen, um alle gesellschaftlich relevanten Tätigkeiten wie z.B. Erwerbsarbeit, familiäre Fürsorge- und Haushaltsleistungen, ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Tätigkeiten gerecht zu verteilen und auf Basis einer sicheren Existenz leben zu können
- **technologische Herausforderungen bewältigen**
 - den Umgang mit KI im (beruflichen) Alltag erlernen aber auch Chancen und Risiken (Datenschutz, Reproduktion diskriminierender Machtverhältnisse und Geschlechterbilder) sehen und bewerten
- **intersektionalen Feminismus nutzen, um die vielfachen Lücken bzw. Gender Gaps beseitigen**, den Gender Pay Gap (Equal Pay Day am 27.2.2026), den Gender Care Gap (Equal Care Day am 1.3.2026), Gender Health Gap, Gender Pension Gap, Gender Lifetime Earnings Gap, Migrant-Gender-Pay-Gap, Gender Investment Gap

Wir werden als BFB 1945 e.V. 2026 - ein Berliner Wahljahr - mit frischer Energie weiterhin für ein gerechtes und solidarisches Berlin kämpfen.

Schließen wir Bündnisse, schließen wir Allianzen: Wir sind stark! Wir sind (noch) die Mehrheit! Wir sind für die Interessen der jüngeren Generationen sehr offen und empfänglich. Mach bei uns mit – Du bist herzlich willkommen!

Wir freuen uns, wenn ihr den **monatlichen Newsletter des Berliner Frauenbund 1945 e.V.** an eure Angehörigen, Freund*innen, Kolleg*innen und Nachbar*innen [als Link](#) teilt oder ihn zusammen mit der Anlage an diese weitermailt.

Wir starten mit euch gemeinsam in ein inspirierendes, kraftvolles und richtungsweisendes Jahr 2026 – voller neuer Ideen, Begegnungen und gemeinsamer Wege.

Mit feministischen Grüßen

Mechthild Rawert

I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin

1. STELLENANGEBOT: Projektleitung / Wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in in der Projektbezogenen Geschäftsführung der Beratungseinrichtung KOBRA in Berlin und der Anlauf- und Koordinierungsstelle Alleinerziehende im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (F-K) (m/w/d) 37 Stunden/Woche

Für die Nachfolge in der Projektleitung und projektbezogenen Geschäftsführung suchen wir als traditionsreicher und zugleich moderner Frauenverband, der die Rechte der Frau* und die Gleichstellung der Geschlechter fördert, frhestens zum 1. Februar 2026 eine* qualifizierte Berater*in, die gerne Verantwortung für eine Beratungseinrichtung übernehmen will und die Aufgabenbereiche Projektmanagement und Personalführung aus eigener Erfahrung kennt.

Ihr zukünftiges Arbeitsgebiet: Sie sind verantwortlich für die Gesamtkonzeption und projektbezogene Geschäftsführung der beiden Projekte und leiten die Teams. An Ihrer Seite steht die Verwaltungsleiterin, zu deren Aufgaben das Finanzmanagement und die Personalverwaltung zählen. Im Umfang von 5 h WAZ arbeiten Sie als Fachberaterin in einem der KOBRA-Beratungsschwerpunkte. Hierzu gehören die Konzeption, Planung und Durchführung individueller Beratung und von Gruppen. 2 h WAZ entfallen auf die Fach- und Dienstaufsicht für die Anlauf- und Koordinierungsstelle.

Wir haben Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf Ihre **Bewerbung bis zum 18. Januar 2026** ausschließlich in elektronischer Form und in einem PDF-Dokument (Anschreiben, Lebenslauf, Zeugnisse, etc.) per E-Mail an bewerbung@kobra-berlin.de. Die ersten Bewerbungsgespräche werden ggf. schon während der Bewerbungsfrist, schwerpunktmaßig aber in der 5. und 6. KW 2026 durchgeführt.

Weitere Informationen zu unserem Stellenangebot unter:

https://berliner-frauenbund.de/wp-content/uploads/2025/12/KOBRA_Stellenausschreibung_Projektleitung.pdf

2. Inspirierende und informative Dokumentation der Fachveranstaltung „Unverzichtbar im Beruf, stark im Alltag – die alleinerziehende Fachkraft“ am 10.11.2025

Unter dem Titel „Unverzichtbar im Beruf, stark im Alltag – die alleinerziehende Fachkraft“ fand am 10. November 2025 eine vielseitige und anregende Fachveranstaltung im frizzforum statt. Sie steht für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen Akteur*innen der Berliner Landes- und Bezirksebene sowie für eine starke trägerübergreifende Kooperation.

Berlin ist die Hauptstadt der Alleinerziehenden. Die über 100 Teilnehmenden aus ganz Berlin haben eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig eine stärkere gesellschaftliche und politische Sichtbarkeit dieser Lebensphase ist – insbesondere mit Blick auf strukturelle Herausforderungen wie Umgangs- und

Sorgerecht, die Betreuungssituation in Kita und Schule sowie die oft erschwerete Erwerbsintegration.

Die Impulse richten sich dabei vor allem auch an Arbeitgeber*innen und Wirtschaftsunternehmen: Ihre familien- und gleichstellungsorientierte Unternehmenskultur und ihr Personalmanagement spielen eine entscheidende Rolle für gelingende Vereinbarkeit und für eine stärkere Erwerbsbeteiligung Alleinerziehender in Zeiten des Fachkräftemangels.

Im Einvernehmen mit SenASGIVA freuen wir uns darauf, diese Themen 2026 weiter zu vertiefen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre der Dokumentation und freuen uns über Ihre Rückmeldungen.

Sie finden auf der [Website des Netzwerk Alleinerziehende Friedrichshain-Kreuzberg](#) die Dokumentation als auch sämtliche Präsentationen der Referentinnen dieser Fachtagung.

3. Bericht zum Fachtag „Arbeitsmarkt für alle? Ausschlüsse und Perspektiven für Frauen mit Fluchterfahrung und/oder Migrationsbiografien“ (Forough Hossein-Pour, KOBRA)

Am 15. Oktober 2025 fand in der Pablo-Neruda-Bibliothek der Bezirkszentralbibliothek Friedrichshain-Kreuzberg der **Fachtag „Arbeitsmarkt für alle? Ausschlüsse und Perspektiven für Frauen mit Fluchterfahrung und/oder Migrationsbiografien“** statt. Die Veranstaltung wurde in Kooperation von DaMigra – Dachverband der Migrantinnenorganisationen, BOX66 – dem interkulturellen Beratungs- und Begegnungszentrum für Frauen und Familien in Friedrichshain - (Träger: VIA e.V.) sowie KOBRA Beruf | Bildung | Arbeit (Träger: Berliner Frauenbund 1945 e.V.) durchgeführt.

Forough Hossein Pour, Mitveranstalterin und Bildungsberaterin für geflüchtete Frauen bei KOBRA, hielt einen Impuls mit dem **Titel „Verhinderte Fachkräfte aus intersektionaler Perspektive“**. Sie zeigte auf, wie strukturelle Mehrfachdiskriminierungen qualifizierte Frauen an einer gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt hindern, unter anderem durch die Hierarchisierung in der Asylpolitik, die (Ab-)Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie Diskriminierung im Bewerbungsprozess, etwa aufgrund des Tragens eines Kopftuchs.

Diese Themen wurden in drei Panels vertieft:

Im Panel „**Restriktionen durch die aktuelle Migrations- und Asylpolitik**“ diskutierten Maryam Grassmann (Sozialarbeiterin, BBZ-Berlin – KommMit e.V.), Joachim Rahmann (wissenschaftlicher Mitarbeiter des SPD-Bundestagsabgeordneten Hakan Demir), Elif Eralp (MdA, Die Linke) und Jian Omar (MdA, Bündnis 90/Die Grünen) über rechtliche Rahmenbedingungen, Unsicherheiten im Aufenthaltsstatus und deren Folgen für Bildungs- und Erwerbsbiografien.

Im Panel „**Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse**“ sprachen Laura Sajeva (La Red – Vernetzung und Integration e.V.) und Kerstin Wolter (Landesvorsitzende Die Linke Berlin) über Hürden, Intransparenzen und fehlende Unterstützung im Anerkennungsverfahren sowie über Reformbedarfe.

Das Panel „**Arbeitsmarktzugang für migrierte und geflüchtete Frauen / Diskriminierung im Bewerbungsprozess**“ mit Alaleh Shafie-Sabet (Projektleiterin, Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin – ADNB im Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg) und Dr. Cassandra Ellerbe (Leiterin SUSI e.V.) beleuchtete institutionellen und Alltagsrassismus, geschlechtsspezifische Benachteiligungen sowie fehlende Schutz- und Beschwerdestrukturen.

Aus den Diskussionen wurden folgende Forderungen abgeleitet:

- Uneingeschränkte Umsetzung internationaler Menschenrechtskonventionen im Asyl- und Aufenthaltsrecht.
- Berücksichtigung spezifischer Hürden für marginalisierte Frauen* und Verankerung intersektionaler Schutzmechanismen im Asylverfahren.
- Evaluation der Praxis des gesamten Anerkennungsprozesses reglementierter Berufe für Personen aus Nicht-EU-Ländern auf Landesebene in Berlin, einschließlich Erstberatung, Antragsstellung, Prüfung von Qualifikationen und Berufserfahrung sowie Entscheidung über Umfang und Ausgestaltung von Anpassungsqualifizierungen.
- Sensibilisierung von Arbeitgeber*innen durch regelmäßige Schulungen zu Rassismus, Diskriminierung und Diversität.
- Stärkere Diversität in Behörden und Verwaltungen, unter anderem durch ein wirksames Partizipationsgesetz.

Fazit

Der Fachtag machte die vielfältigen strukturellen Hürden und Ausschlüsse sichtbar, mit denen Frauen mit Fluchterfahrung und Migrationsgeschichte auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind, und verdeutlichte die Notwendigkeit einer intersektionalen Perspektive in Politik und Praxis. Fachveranstaltungen wie diese bieten einen wichtigen Rahmen für Vernetzung, Austausch und Bündnisse: Die Organisatorinnen erhielten die Rückmeldung, dass neue Kontakte entstanden seien und der Wunsch bestehe, ähnliche Formate fortzuführen.

Wir danken DaMiga für einen komplexen Beitrag zu dieser Fachveranstaltung und das schöne Foto von Forough im aktuellen Newsletter.

- „**Intersektional statt nur interkulturell – Perspektiven erweitern**“ – **Essay von Forough Hossein Pour, KOBRA, in der Fachzeitschrift Sozialmanagement (2/2025) mit dem Thema Interkulturelle Kompetenz in sozialen Kontexten**

Unter dem Titel „Intersektional statt nur interkulturell – Perspektiven erweitern“ beschäftigt sich Forough Hossein pur in ihrem Essay mit der Frage, warum Intersektionalität ein unverzichtbares Prisma in der Beratung darstellt. Am Beispiel der Bildungsberatung beleuchtet sie Prozesse des „Othering“ auf

struktureller, institutioneller und individueller Ebene und zeigt auf, wie eine machtkritische und empowernde Beratungspraxis gelingen kann.

Der Fachzeitschrift kann als Einzelausgabe direkt bei Frau Antje Genth-Wagner per E-Mail: antje.genth-wagner@twsd.de, oder als Jahres-Abonnement unter dem Link <https://www.bertuch-verlag.com> erworben werden.
Bezugspreis (Deutschland) für ein Jahresabonnement 35,- €

AUS DEN PROJEKTEN

4. NEUES in 2026 von KOBRA

Es ist beeindruckend, wie viele neue innovative Formate die Mitarbeiterinnen von KOBRA immer wieder entwickeln. Darüber informiert regelmäßig der [KOBRA-Newsletter](#). Neu sind 2026 u.a.:

a) Neues Angebot des Teams Berufsorientierung

13.02.26, 16:30 - 19:30 Uhr

Donne in movimento / Workshop 1 (gratuito): Migrazione - Lontana da dove? Con Valentina Campanella (da KOBRA)

Un incontro dedicato all'esperienza migratoria: esploreremo scelte, sfide e trasformazioni che questo percorso porta nella vita privata e professionale. Uno spazio per ricostruire insieme la narrazione della propria storia, anche quando il passato ci appare come una terra straniera. E per aprire nuove possibilità e dare forma a un futuro che ci appartenga davvero.

b) Neues Angebot des Teams Vereinbarkeit

Unternehmensstammtische Beruf und Pflege für KMU - online Informations- und Austauschveranstaltung: Start 3.2.26

Ab Februar findet jeden ersten Dienstag im Monat dieses kostenfreie Onlineformat statt für kleine und mittlere Unternehmen, um sie über die Möglichkeiten rund um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf - für die eigene Situation als Vorgesetzte*r und die Angestellten zu informieren. Sie erhalten kurze Inputs zu verschiedenen Themen rund um die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege – etwa rechtliche Grundlagen, betriebliche Unterstützungsmodelle oder Best-Practice-Beispiele. KMUs können ihre Erfahrungen teilen, Fragen stellen und gemeinsam Ideen entwickeln.

Hier finden Sie weitere Informationen und können sich anmelden:

<https://www.pflegezeit-berlin.de/veranstaltungen>

Ich freue mich, dass in KOBRA-Seminaren auch der **Kontext „Beruf/Beschäftigung und Gesundheit“** aufgegriffen wird, u.a. „Wechseljahre und Arbeitsleben“ oder „Hochsensibilität und Arbeit“ – hier [weitere Infos](#) – oder bei Der Löwin der Offene Workshop „Mentale Gesundheit – Gesundes Arbeiten“ – [weitere Infos](#).
Das Sichtbarmachen von Mental Load und die Auswirkungen auf die physische

und psychische Gesundheit ist eine wichtige gleichstellungspolitische Aufgabe. Laut dem „[Stressreport](#)“ der [Techniker-Krankenkasse](#) fühlen sich 78 Prozent der Menschen in Berlin und Brandenburg gestresst. Am meisten belasten die Menschen demnach hohe Ansprüche an sich selbst (besonders Frauen); dahinter folgen zu viele Anforderungen in Beruf, Schule oder Studium (besonders bei männlichen Befragten) sowie „politische und gesellschaftliche Probleme“ wie Klimawandel, Kriege oder die Inflation (besonders unter Jüngeren).

5. NEUES in 2026 von Der LÖWIN

Im April 2026 startet der neue Lehrgang „Die Löwin – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben“. Weitere Informationen finden Sie [hier](#). Details zum Lehrgang und zu den Aktivitäten des Löwinnen-Netzwerks gibt es im Rahmen der Info-Abende. Die Löwin bietet zahlreiche Angebote an – stöbern Sie auf der Website <https://die-loewin.de/> .

Das Weiterbildungsprogramm „Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben“ (kurz: Die Löwin) ist für Frauen entwickelt worden, die ihre Selbstwirksamkeit stärker entfalten und mit ihren Kompetenzen sichtbarer werden und sich mit Berliner Frauen aus unterschiedlichsten Berufs- und Wirkungsfeldern vernetzen wollen.

Mit der Weiterbildung „Die Löwin“ werden Frauen ermutigt und befähigt, sich beruflich weiterzuentwickeln, sich neu zu orientieren, Leitungsaufgaben zu übernehmen bzw. ihre Führungskompetenzen zu erweitern. Wir bieten ein 1-jähriges berufsbegleitendes Training und Coaching, praxisnahe Workshops und Supervision. Besonderer Fokus liegt auf Fach- und Methodenkompetenzen für den Umgang mit den gesellschaftlich und beruflich zunehmenden dynamischen, komplexen und oft unbestimmten Transformations- und Wandlungsprozessen.

6. NEUES in 2026 vom Großelterndienst

Viele ältere Menschen haben keine Familie in ihrer Nähe. Ihnen fehlt oft das Gefühl noch gebraucht zu werden. Mindestens genau so vielen jungen Familien fehlt das wohnortnahe familiäre Netz. Besonders Alleinerziehende vermissen dieses oft schmerzlich. Wie sehr brauchen Kinder ihre Großeltern? Keiner kann diese Frage wirklich beantworten, aber alle wissen, wenn Kinder mit der Großelterneneration aufwachsen, dann profitieren sie davon. Gemäß unserem Motto „Enkel Dich fit!“ sind ältere Menschen aktiver und gesünder, wenn sie Kontakt zu Kindern haben.

Durch den Großelterndienst können interessierte Ältere ihre Wunschfamilie kennen lernen und Kinder ihre Wunschgroßeltern. Wir vermitteln wohnortnah im gesamten Berliner Stadtgebiet. Als Wunschgroßeltern können sich Ältere bewerben, die zwischen 55 und 70 Jahre alt sind. Vermittelt werden Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahre. Wunschgroßeltern übernehmen keine klassische Kinderbetreuung! Sie sind keine Babysitter. Wir nennen Sie Wunschgroßeltern und nicht Leihomas oder Leihopas, weil wir Ihr oft ehrenamtliches Engagement sehr wertschätzen.

Interessiert? Der Großelterndienst unterstützt bei Fragen und Problemen.
Entsprechende Kontaktdaten finden Sie unter: <https://www.grosselterndienst.de/>

7. NEUES in 2026 von der Koordinierungs- und Anlaufstelle für Alleinerziehende im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

- Selbsthilfegruppe für Alleinerziehende im Bezirk FK
jeden 2. Mittwoch im Monat, 16:00 -18:00 Uhr
im Familienzentrum Menschenkinder, Fürstenwalder Str.30,
10243 Berlin**

Hier können alle aktuelle Anliegen und Erfahrungen ausgetauscht und besprochen werden, um den Alltag als Alleinerziehende besser zu bewältigen. Wir freuen uns auf euch, eure Kinder und auf unseren Austausch. Bei Bedarf mit Kinderbetreuung. Wir sprechen über vielfältige Dinge u.a. wie Gesundheit, Beruf und Familie, um gemeinsam Lösungen zu finden und sich gegenseitig zu stärken. Die Selbsthilfegruppe wird fachlich durch eine Sozialpädagogin begleitet.

Sprachen: Deutsch, Türkisch, Zaza.

Anmeldung per Mail: info@selbsthilfe-treffpunkt.de

AUS DEM VEREIN

8. Bericht zur offenen Mitgliederversammlung „Frauen und Finanzen“ mit Sophie Thurner am 19.11.2025 im Berliner Frauenbund 1945 e.V. (Karin Knufmann-Happe, Stell. Vorsitzende des BFB 1945 e.V.)

Das Thema unserer letzten Mitgliederversammlung in 2025 „Frauen und Finanzen“ ist auf erfreulich großes Interesse gestoßen. Unsere Vereinsräume waren bis auf den letzten Platz gefüllt ..„und brummten vor Frauen-Power“. Mit großer Freude konnten wir viele Mitfrauen aber auch „neue Gesichter“, darunter zahlreiche Absolventinnen unserer Löwinnen-Fortbildung, begrüßen.

„Ich kenne mich eigentlich ganz gut mit Geldanlagen aus, aber ich habe viel aus den Fragen der anderen gelernt“ war eines der durchweg positiven feed backs einer unserer Mitfrauen.

- Was muss geschehen, damit Frauen* sich aktiver mit dem Thema Geldanlage befassen?
- Wie viel Aufwand ist damit verbunden?
- Können Finanzprodukte Frauen* tatsächlich dabei helfen, Vermögen aufzubauen und den Lebensstandard im Alter zu sichern?
- Lohnt es sich, auch noch in höherem Alter „einzusteigen“?
- Was ist die richtige Strategie? Was ist erreichbar?
- Was sind die Chancen und Risiken? Worauf ist zu achten?
- Was sollte frau über Finanzprodukte wissen, um ihr Geld nicht Unternehmen zu „leihen“, deren Geschäftsmodelle sie ablehnt?

Das sind einige der Fragen, die in der lebhaften, teils leidenschaftlichen Diskussion aufgeworfen wurden. **Sophie Thurner**, die Referentin des

informativen und gelungenen Abends, **beantwortete sie mit großer Sachkenntnis, Geduld und ansteckender Begeisterung für Finanzbildung.**

Sophie arbeitet seit mehr als 10 Jahren in der Finanzbranche und war unter anderem auch für die Finanzmarktaufsicht tätig. Sie bewegt die Frage, wie es gelingen kann, Finanzmärkte zu einem faireren Ort zu machen und mehr Menschen für die Themen Geldanlage und Vermögensaufbau zu interessieren. Sie ist Mit-Gründerin von beatvest, einer Informations-App und Investment-Plattform für Börsenneulinge und will damit Finanzbildung vermitteln und Zugangshürden für den Einstieg ins Investieren abbauen. Die Vortragsfolien eine Liste von Fragen, die frau sich und Anbietern von Finanzprodukten stellen sollte bevor sie investiert, sind hier verlinkt. Das Angebot Sophies, im Nachgang der Veranstaltung auftauchende Fragen an sie heranzutragen, gilt sicher auch für alle Leserinnen dieses Berichts. Schickt sie gern zur Weiterleitung an kontakt@berliner-frauenbund.de

Hintergrund der Veranstaltung:

Als Verein sind wir Teil der organisierten Frauen*bewegung, denn schon unsere Gründungsmütter wussten, dass Frauen* sich zusammenschließen müssen, wenn sie für ihre Anliegen und Interessen Gehör finden wollen. Deshalb haben sie 1945, unmittelbar nach Kriegsende und inmitten von Not und Ruinen einen Frauen-Verein gegründet.

Die Notwendigkeit sich zusammenzuschließen, sich zu organisieren besteht bis heute fort. Nicht nur um dafür einzutreten, dass Frauen* in Politik und Gesellschaft gleichberechtigt mitgestalten, sondern auch weil es nur so möglich ist, als Träger wichtiger Projekte, Frauen* ganz konkret zu unterstützen.

Ziel unserer Vereinsarbeit und Ziel unserer Projekte ist es dazu beizutragen, dass Frauen* ein selbstbestimmtes Leben führen können. Bildung, Beruf und Arbeit stehen im Mittelpunkt wichtiger Projekte des Berliner Frauenbunds. Denn: Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Frauen den ihnen zustehenden Raum im Privaten, in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik einnehmen können.

Wir alle kennen den traurigen Befund, der sich hinter dem Begriff „**Gender Investment Gap**“ verbirgt: Frauen haben ein geringeres Lebens-Einkommen, investieren seltener am Kapitalmarkt, bauen weniger Vermögen auf und sind im Alter häufiger von Altersarmut betroffen als Männer. Die schlechte, die vielfach prekäre wirtschaftliche Situation vieler Frauen hat strukturelle Ursachen: Frühe Bildungs- und Berufswahl-Entscheidungen, gebrochene Berufsbiografien, Einkommensunterschiede und weitere Benachteiligungen am Arbeitsmarkt (think Manager - think male - Stereotyp) aber auch Unterhalts- und steuerrechtliche Rahmenbedingungen, um nur einige der Ursachen zu nennen.

Strukturellen Ursachen und ihren Folgen muss mit politischen Instrumenten und gesellschaftlichem Engagement begegnet werden. Dafür braucht es auch ein gesellschaftliches Klima, in dem diese Ungleichheit als schädlich für die Wirtschaftsleistung und das Gemeinwesen insgesamt erkannt und Frauen und Männer ermutigt und

unterstützt werde, wenn wenn Sie neue, andere Wege gehen. Das sind dicke Bretter und wir - als Verein - lassen nicht nach, sie zu bohren.

Jede von uns ist aber auch auf der individuellen Ebene betroffen. Jede einzelne von uns ist **Gestalterin ihrer wirtschaftlichen Situation** und hat es - ein Stück weit – in der Hand, wie ihre Finanzlage in den verschiedenen Lebensaltern aussieht. Ein vielleicht unterschätzter Aspekt neben vielen anderen ist die Geldanlage.

Zu viele Frauen leisten es sich, ihre Finanzbildung zu vernachlässigen und das weite Feld der Geldanlagen nicht zu beackern. Sie berauben sich damit der Möglichkeit auch auf diesem Wege dem Ziel finanzieller Unabhängigkeit ein Stück näher zu kommen. Um es klar zu benennen: **Auch das „Gender Investment Gap“ hat strukturelle Ursachen, aber sie erklären die Zurückhaltung von Frauen nicht in Gänze.**

Frauen in Deutschland haben eine höhere Sparquote als Männer (DIW 2022 / Frauen 14 % des monatlichen Einkommens, Männer 10 %.) **Aufgrund ihrer niedrigeren Einkommen haben sie jedoch in absoluten Zahlen geringere Ersparnisse als Männer.** Und auch wenn wir in der besten aller Welten lebten, in der es kein „Gender Pay Gap“ mehr gäbe, das Ehegattensplitting abgeschafft wäre, die Care-Arbeit gleichmäßig auf den Schultern von Männern und Frauen ruhen und volle Gleichberechtigung erreicht wäre ist nicht gesagt, dass Frauen aufgrund ihrer höheren Sparquote ein größeres Vermögen aufbauen als Männer. Frauen und Männer scheinen bei der Geldanlage, beim langfristigen Vermögensaufbau unterschiedlich „zu ticken“. Denn, auch in hohen Einkommensklassen zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Aktienteilnahme. Eine Antwort darauf: „Frauen* seid mutiger!“

9. Bericht unserer BFB1945-Mitfrau Laurette Rasch aus der 7. öffentlichen Sitzung der Kinderkommission im Deutschen Bundestag am 3.12.2025

Wir freuen uns, wenn unsere Mitfrauen uns von ihrem beruflichen und/oder zivilgesellschaftlichem Engagement berichten. Der Austausch bereichert uns alle.

Unter der Überschrift „**Betroffene und Expertinnen schildern die Situation von Careleavern**“ ist diese [7. Sitzung der Kinderkommission](#) in der Mediathek des Bundestages nachzuverfolgen.

Laurette Rasch (MSc Public Health), Fach- und Arbeitsgebiet: Public Health mit Schwerpunkt Familiengesundheit und Partizipative Forschung an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) schrieb in Linkedin über diese Sitzung: „Am 3.12.2025 wurde in der Kinderkommission des Bundestages über das Thema Leaving Care, also das Ende Stationärer Kinder- und Jugendhilfe für junge Erwachsene gesprochen. Junge Menschen, die in Stationären Hilfen aufgewachsen sind, haben Wünsche für ihre Zukunft und mit Recht auf Unterstützung um ihre selbstgesteckten Ziele zu erreichen. Als diejenigen, die in Stationären Hilfen aufgewachsen oder aufgewachsen sind, haben sie aber auch Wissen darum, wie diese Hilfen wirken und wo sie sich

Veränderungen wünschen. Selbstvertretungen junger Menschen bieten Raum für Austausch zu all diesen Fragen. Sie sind damit ein Ort um in Kontakt mit anderen Menschen mit ähnlichen Erfahrungen zu kommen und eine Bündelung von Wissen und Kompetenzen zur Politik- und Verwaltungsberatung. Wichtig ist, dass Selbstvertretungen aus dem Kontext der Stationären Hilfen auf verlässliche unabhängige Strukturen und unterstützende Netzwerke zurückgreifen können. Erfreulicherweise endete diese KiKo mit einer klaren Zusage Selbstvertretungen aus der Stationären Kinder- und Jugendhilfe nicht nur anzuhören, sondern auch weiterhin gemeinsam mit ihnen zu arbeiten.“

Weitere Infos sind der [Website der KHSB](#) entnehmen.

WOW, dass es sowas gibt! Liebe Laurette, herzlichen Dank, dass du uns auf das von dir als Autorin miterstellte 2025 frisch erschienene

Bilderbuch „Das SGB VIII in Bildern“ hinweist. Kindheit, Jugend und Familienleben sind bunt und vielfältig – und manchmal ziemlich herausfordernd. Genau hier setzt das Buch »Das SGB VIII in Bildern« an: Mit einfach verständlichen Texten und den lebendigen Wimmelbildern macht es sichtbar, **welche Rechte Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien nach dem Achten Sozialgesetzbuch haben.** Gezeigt wird, welche Hilfen es in der Kinder- und Jugendhilfe gibt: im Alltag und wenn mal nicht alles rund läuft. Denn: Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch nutzen! Leicht verständliche Texte erklären das Gesetz und laden zu Fragen ein.
Beteiligung rockt! Unter diesem Motto haben junge Menschen, die sich in Selbstvertretungen engagieren, auf Initiative des Careleaver e. V. und der AGJ dieses Buch mitentwickelt. Sie haben Fragen gestellt, mit Fachkräften diskutiert, Ideen vorangetrieben und ihre Wünsche eingebracht.

10. Geplante Veranstaltungen des Berliner Frauenbund 1945 e.V. im Jahr 2026

Wir laden Sie schon jetzt herzlich zu unseren öffentlichen Mitfrauenveranstaltungen ein. Diese finden in der Regel am 3. Mittwoch eines Monats ab 18 Uhr in unseren Räumlichkeiten in der Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin statt. Sehr gerne könnt ihr euch an den Vorbereitungen und Durchführungen der Veranstaltungen beteiligen. Bitte tragt euch auf jeden Fall die Termine schon mal in eure Kalender ein. Die Veranstaltungen werden auf [unserer Website](#) immer noch einzeln beworben. Dort ist dann auch rechtzeitig der jeweilige Anmeldelink zu finden.

a) Einladungen zu unseren (öffentlichen) Mitgliederversammlungen

21.1.2026 Geschlechtervielfalt bewegt: Impulse für eine dynamische Gleichstellungspolitik

Vorbereitungsteam: Hildegard, Mechthild, Steff

Begrüßung: Dr. Hildegard Schicke, Vorstandsfrau im BFB 1945 e.V.

Referent*in: N.N. Bundesstiftung Gleichstellung

Moderation: Steff Auf dem Berge, Gender Equality-Expertin

18.2.2026 Neujahrsempfang des BFB 1945 e.V.

Zielgruppe: Mitfrauen und Mitarbeiterinnen sowie extra geladene Gäste

Vorbereitungsteam: u.a. Karin und Eva

18.3.2026 Klimaanpassung als gleichstellungs- und sozialpolitische Gestaltungsaufgabe

Vorbereitungsteam: Mechthild

Referent*innen:

- Lukas Weißenberger ist Politikwissenschaftler (M.A.) mit Schwerpunkt Geschlechter-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik. Er verbindet naturwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Perspektiven und arbeitet zu Fragen sozialer und Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik. In seiner Masterarbeit an der Freien Universität Berlin forschte er zu Gender in der kommunalen Klimapolitik in Deutschland und wertete dafür rund 200 kommunale Klima- und Anpassungskonzepte aus.

- Dr. Julia Teebken ist Politikwissenschaftlerin und ab 1/2026 Postdoc am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS Erkner). Ihre Forschung befasst sich mit den strukturellen Ursachen ungleicher gesellschaftlicher Betroffenheit gegenüber Klimawandelfolgen. Mit Hilfe kritischer Policy Analyse und vergleichender politischer Ökonomie untersucht sie Maßnahmen unterschiedlicher Akteur*innen (Regierung, Gesellschaft), Politikinstrumente, räumliche Ebenen (global, national, regional, lokal) und ihr Zusammenspiel in unterschiedlichen politischen Systemen (China, Deutschland, USA).

15.4.2026 Ökonomische Unabhängigkeit im Laufe des Lebens

- im April als auch im Juni wollen wir uns dieser Grundvoraussetzung für Selbstbestimmung und Freiheit widmen – noch haben wir aber nicht über die jeweiligen Ansatzpunkte bzw. Perspektiven entschieden

20.5.2026 Jahreshauptversammlung mit Wahlen

Zielgruppe: die Vereinsmitglieder

Frage schon im Vorfeld: Wer kann sich die Übernahme eines Wahlamtes für die kommenden 2 Jahre vorstellen?

Haltung: Wir sind ein starker Frauen*verein, der die Politik und Gesellschaft aktiv mitgestaltet. Wir stehen für eine tatsächliche Gleichstellung in allen Bereichen, Teilhabe und ein respektvolles, solidarisches Miteinander.

17.6.2026 Ökonomische Unabhängigkeit

- vgl. Aussagen unter 15.4.2026

b) ggf. eine größere Veranstaltung zusammen mit Bündnispartner*innen noch vor den Berliner Wahlen am 20.9.2026**c) dem neu gewählten Vorstand obliegt die Planung der MV am 15.7.2026**
(Ferien), 19.8.2026 (Ferien), 16.9.2026, 21.10.2026 (Ferien), 18.11.2026,
16.12.2026

II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. ist dauerhaft Mitglied verschiedener Bündnisse, Netzwerke und Verbände. Diese sind unerlässlich, um Forderungen solidarisch und mit größerem politischem Druck zu transportieren. Des Weiteren werden vorübergehende Zusammenschlüsse mit Partner*innen eingegangen, um als starke Lobby-Gruppe zu agieren. Einige Beispiele:

11. Arbeitgeber*innenverband Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin e. V. (AGV 4B): Projekt Branchendialog in Berlin – Programm & Termine im Branchendialog 4B – Gemeinsam Zukunft gestalten

Das Projekt "Stärkung des Sozialpartnerschaftlichen Branchendialoges Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin" (Branchendialog 4B) ist ein gemeinsames Projekt von ver.di und dem Arbeitsgeber*innenverband Bildung, Beschäftigung und Beratung in Berlin e.V. (AGV 4B). Es wird durch den Europäischen Sozialfond Plus (ESF Plus) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert. Seit April 2025 stärkt das Projekt die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber*innen und Beschäftigten in der Berliner Bildungs-, Beschäftigungs- und Beratungsbranche. Ziel ist es, einen innovativen, geschlechtergerechten Tarifvertrag zu entwickeln und diesen dauerhaft in der Branche zu verankern.

Kommen Sie zu den Informationsveranstaltungen im Projekt

Branchendialog. Es erwartet Sie ein informatives und interaktives Format, in dem wir Ihnen das ESF Projekt Branchendialog und die Brancheninitiative des AGV 4B und ver.di vorstellen. Wir sprechen über aktuell drängende Probleme wie fehlende Planungssicherheit und Überlastung der Beschäftigten, und stellen Ihnen unseren Ansatz vor, wie wir gemeinsam durch einen passgenauen Branchentarifvertrag zu wirklich "Guter Arbeit" in unserer Branche kommen. Sie erhalten zusätzlich einen Überblick zu unserem umfangreichen und kostenfreien Qualifizierungsprogramm zu den Themen Arbeitsrecht, Tarifrecht- und Tarifanwendung, betriebliche Mitbestimmung und Zuwendungsrecht. Termine der nächsten Info-Veranstaltungen finden Sie unter: <https://eveeno.com/423643222>

Es gibt auch **Qualifizierung für Arbeitgeber*innen** und **Qualifizierung für Beschäftigte**.

Weitere Informationen und Anmeldungen finden Sie auf der [Webseite](#).

12. CEDAW-Allianz Deutschland

- Es ist uns eine Freude, dass nun der Zuwendungsbescheid für eine **Folgefinanzierung der Koordinationsstelle für ein weiteres Jahr** – also vom 1.1.2026 bis 31.12.2026 – vorliegt.
- Am 12.12.2026 fand unter dem Motto „40 Jahre Ratifizierung der UN-Frauenrechtskonvention in Deutschland. Ein Grund zu feiern!?” eine **Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der Ratifizierung der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW durch die Bundesrepublik**

Deutschland statt. Anlässlich dieses Jubiläums **hat die CEDAW-Allianz Deutschland den Text der UN-Frauenrechtskonvention als Broschüre veröffentlicht.**

13. Paritäter Berlin

- Unter dem Motto "Lasst uns gewaltfrei leben!" organisierte das breite „Bündnis 25.11.“ am 25. November 2025, dem Tag gegen Gewalt an Frauen, um 16 Uhr eine große Kundgebung vor dem Brandenburger Tor. Und wir waren viele, wir haben ein unübersehbares Zeichen „Nein zu Gewalt!“ gesetzt.
- **Erstmalige Vergabe des Helga Borghorst Frauenpreises**

Für diesen Preis können sich bis zum 4.1.2026 alle Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin mit Spendenquittungsberechtigung bewerben, die sich im Rahmen eines Projekts oder ihrer allgemeinen Arbeit dem Thema Frauen* widmen. Prämiert werden bestehende innovative, nachhaltige Projekte; das Preisgeld beträgt 7.000 Euro. Ausdrücklich angesprochen sind auch Organisationen, deren Hauptfokus nicht ausschließlich auf Frauen* liegt, bei denen aber Schnittmengen mit dem Thema bestehen. Beispiele für relevante Themenfelder sind:

- Bekämpfung von Gewalt und Misshandlungen gegenüber Mädchen und Frauen
- Unterstützung von Opfern sexuellen Missbrauchs, familiärer Gewalt sowie Frauenhandel
- Begleitung und Unterstützung straffällig gewordener Frauen
- Hilfe für obdachlose und wohnungslose Frauen
- Förderung von Mädchen und Frauen ohne Schulabschluss beim Einstieg ins Berufsleben
- Einsatz für die Gleichstellung von Frauen und Männern
- Unterstützung von Frauen mit Behinderung und psychischen Beeinträchtigungen
- Unterstützung von Frauen mit Migrationsgeschichte, alleinerziehenden Frauen, Sexarbeiterinnen, lesbischen Frauen, Transfrauen und nicht-binären Personen, die sich dem weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen
- Engagement für Frauengesundheit

14. Bündnis für geschlechtergerechte Arbeitsbewertung

Bedeutung der Entgeltransparenzrichtlinie (ERTL)

Die deutschen und europäischen Arbeitgeber*innenverbände kämpfen vehement gegen die EU-ERTL, **mit der Entgeltgleichheit für Männer und Frauen („Equal Pay“) bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit hergestellt werden soll.** Die ERTL-Umsetzung muss bis zum 7.6.2026 in nationales Recht erfolgen.

Nun hat Business and Professional Women (BPW) Germany e.V einen Brief (nachfolgend sinngemäß zusammengefaßt) **an Frau von der Leyen,**

Präsidentin der Europäischen Kommission, geschrieben und auf die Notwendigkeit der ETRL hingewiesen. BPW ist eines der ältesten Frauennetzwerke weltweit. Die Forderung nach ökonomischer Unabhängigkeit ist seit 1919 eine ihrer zentralen Forderungen. **Ökonomische Unabhängigkeit ist nur möglich, wenn gleich und gleichwertige Arbeit auch gleich bezahlt wird.** Der BPW initiiert seit 2009 den Aktionstag Equal Pay Day.

Der Gender Pay Gap beträgt in Europa 12 Prozent, in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 16 Prozent – und er verringert sich nur sehr schleppend. Die Umsetzung der europäischen Entgelttransparenzrichtlinie in nationales Recht kann ein großer Schritt Richtung verwirklichter Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit werden. Die Umsetzung der ERTL ist eine Chance, das Personalmanagement zu modernisieren und das Vertrauen zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen zu stärken. Transparente Lohnstrukturen sind fair und gut für das Unternehmen.

Die Vorschläge der europäischen Arbeitgeber*innenverbände, kleinere und mittlere Unternehmen von Verpflichtungen wie Berichtspflicht und Transparenzpflichten auszunehmen, wäre der falsche Schritt. Wir betrachten diese Änderungsvorschläge von BusinessEurope, insbesondere die geplanten Ausnahmen für kleine und mittlere Unternehmen, mit großer Sorge. Gerade in frauendominierten Branchen wie Pflege, Einzelhandel und Dienstleistungen würde dies Millionen Beschäftigte von Transparenzmaßnahmen ausschließen und den Wettbewerb verzerren.

Vergleichsmechanismen wie in Artikel 19 sind unerlässlich, um indirekte Diskriminierung aufzudecken. Sie können so zu Instrumenten für Personalverantwortliche werden, Unstimmigkeiten in den Arbeitsbewertungssystemen aufzudecken und die Fairness im Unternehmen zu verbessern.

Zur Reduzierung der „Bürokratie“ bei diesem für mehr Gerechtigkeit sorgendem Gesetz stehen bereits digitale Tools - z.B. der eg-check 2.0, compassW oder zert:equal - zur Verfügung, die sowohl den Vergleich von gleicher als auch von gleichwertiger Arbeit ermöglichen.

Wir fordern die Kommission nachdrücklich auf, die Kernbestandteile der Richtlinie beizubehalten und stattdessen die digitale Unterstützung für Unternehmen auszubauen. Eine Abschwächung der Maßnahmen würde die Gleichbezahlung weiter verzögern – und unsere Geduld ist am Ende.

15. Verein Parité / Berliner Netzwerk Parität

Leider brachte das Jahr 2025 wenig Fortschritte für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in den Parlamenten. Nachdem bei der letzten Wahlrechtsreform keine Regelung für eine gleichberechtigte politische Teilhabe erreicht wurde, fordern wir mit Nachdruck weiterhin die Parität! Von der jüngst neu eingesetzten neuen Kommission für eine erneute Reform erwarten wir, dass dieser wichtige Auftrag endlich im Wahlrecht Umsetzung findet.

Auch 2026 wollen wir wieder laut und sichtbar sein - und mit vielen Verbündeten zeigen: Demokratie braucht uns alle. Keine Demokratie ohne Frauen! Unser 2. Bundesweiter Aktionstag #ParitätJetzt soll in Berlin am 24. Juni 2026 stattfinden.

16. AGG Reform Jetzt

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss dringend reformiert werden. Nur dann verdient es auch seinen Namen. Es sollte schon unter der Ampelkoalition reformiert werden – daraus wurde nichts. Erfreulicherweise ist die AGG-Reform auch Teil des derzeitigen schwarz-roten Koalitionsvertrages – Nachfragen zum Umsetzungsstand führen leider zu starkem Pessimismus.

Weder diejenigen, die von Diskriminierung betroffen sind, noch diejenigen, die mit dem AGG arbeiten, zweifeln an der Notwendigkeit der Reform. So betont Vera Egenberger, Geschäftsführerin des Büros zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) in Berlin, in einem [taz-Artikel](#) : „Die Rechtsdurchsetzung ist bislang zu kompliziert, die Einhaltung des Gesetzes wird nur halbherzig eingefordert. Verbesserungsvorschläge gibt es reichlich, Organisationen aus allen Bereichen der Gleichstellungsarbeit haben Änderungsideen zusammengetragen. Darunter eine sogenannte Prozessstandschaft, die spezialisierten Verbänden ermöglicht, für von Diskriminierung Betroffene zu klagen. Arbeitgeber sind bislang zwar durch das Gesetz verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, wenn ihre Mitarbeitenden Benachteiligung erleben. Wenn sie es nicht tun, passiert allerdings nichts. Hier sind Nachbesserungen dringend notwendig.“

Daher kann mit etwas gutem Willen der Regierung und der Einsicht, dass Gleichbehandlung eine Grundlage für eine demokratische Gesellschaft darstellt, nach dem 19. Geburtstag des AGG vielleicht nicht einfach nur der 20. Geburtstag kommen, sondern das erste Lebensjahr eines Gleichbehandlungsgesetzes, das von Diskriminierung Betroffene umfassend schützt. Das hieße unter anderem, dass den Betroffenen auch dann ein gangbarer Klageweg eröffnet wird, wenn Benachteiligung von staatlichen Institutionen ausgeht. Die Verweigerung von sogenannten angemessenen Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen müsste als Benachteiligung eingestuft werden.“

17. Bündnis "Gemeinsam gegen Sexismus"

Wir sind eine von [fast 900 Organisationen](#), die die Erklärung "Gemeinsam gegen Sexismus und sexuelle Belästigung" unterzeichnet haben. Damit unterstützen wir den Kampf gegen Sexismus und sind Teil dieses [einzigartigen Bündnisses "Gemeinsam gegen Sexismus"](#). Machen auch Sie mit Ihrem Unternehmen mit, zeigen Sie, dass Sie Sexismus und sexueller Belästigung entschieden entgegentreten.

III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter

Datum / Ort	Thema	Häufig ist eine Anmeldung notwendig / Link
21. Januar 2026, 18 – 21 Uhr Berliner Frauenbund 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin	VORANKÜNDIGUNG Geschlechtervielfalt bewegt: Impulse für eine dynamische Gleichstellungspolitik Begrüßung: Dr. Hildegard Schicke, Vorstandsfrau im Berliner Frauenbund 1945 e.V. Referent*in: N.N. Bundesstiftung Gleichstellung Moderation: Steff Auf dem Berge, Gender Equality-Expertin	Mehr Informationen und die Anmeldemöglichkeit wird in den kommenden Tagen auf der Website https://berliner-frauenbund.de stehen
22. UND 23. JANUAR 2026 im Hans-Böckler-Haus, Berlin	DGB VIELFALTSKONFERENZ Vielfalt in der Einheit – Für eine starke Demokratie und faire Arbeitswelt Am 1. Konferenztag stehen die Themen Demokratie, Inklusion und Gleichbehandlung im Mittelpunkt. Diskutiert wird unter anderem, welche Folgen der Rückbau von Diversity-Programmen in Unternehmen hat und wie ein wirksamer Diskriminierungsschutz für alle Beschäftigten gestaltet werden kann. Der 2. Tag bietet drei parallele Fachtage zu den Bereichen Inklusion, Migration und LSBTIQ*.	Ausführliche Informationen und das Programm unter: https://www.dgb.de/veranstaltungen/veranstaltung/dgb-vielfalkonferenz-2026/?utm_medium=email&hsenc=p2ANqtz-RBe-1zMf2G8KZX1XUZLks5gmdwnios0nHZBa_syRm39qQzXNuKKveAHHRCbMkzpZPCVUfxpIOHCft6aO3M1LJlvi0NWOy_wCCfrhXAX3ARhAb2mw&hsni=122136767&utm_content=122136767&utm_source=hs_email
Wann: 27./28. Januar 2026 09:00–16:00 Uhr - Wo: anígo SPACE, Urbanstraße 36, 10967 Berlin	Projektabchluss und Verwendungsnachweis sicher meistern In diesem zweitägigen Praxis-Workshop lernst du, Verwendungsnachweise vollständig, prüffest und fristgerecht zu erstellen. Du bekommst einen klaren Überblick über zentrale Anforderungen an Zahlenwerk, Belegliste und Sachbericht – ergänzt durch praxisnahe Übungen, Fallbeispiele sowie hilfreiche Checklisten und Vorlagen. So kannst du geförderte Projekte sicher abschließen und Rückforderungen vermeiden.	Weitere Infos und Anmeldung https://www.lnbe.berlin/veranstaltung/projektabchluss-und-verwendungsnachweis-sicher-meistern/
Online-Infoabend: Mittwoch 11.2.2026, 17.30 Uhr-19.00 Uhr	Infoabende für den nächsten Lehrgang April 2026 bis März 2027 „Die Löwin – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben	Mehr Informationen unter www.die-loewin.de Die Infoabende sind unverbindlich, kostenfrei

<p>Zoom-Meeting: https://us06web.zoom.us/j/86187962525?pwd=ctQn3H2bbsFOa1fApqhqRXCWLdedMQ.1 Meeting-ID: 861 8796 2525 Kenncode: 304003</p>	<p>Im Vorfeld des Lehrgangs 2026/2027 führen wir regelmäßig Infoabende online und in Präsenz durch. Sie gehören zu den Frauen, die mehr Selbstverantwortung übernehmen wollen? Sie streben eine Führungsposition in Ihrem Verband oder in Ihrer Organisation an oder wollen Ihre Führungsrolle überdenken? Das Weiterbildungsprogramm „Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben“ (kurz: Die Löwin) ist für Frauen entwickelt worden, die ihre Selbstwirksamkeit stärker entfalten und mit ihren Kompetenzen sichtbarer werden und sich mit Berliner Frauen aus unterschiedlichsten Berufs- und Wirkungsfeldern vernetzen wollen.</p>	<p>und offen für alle Interessierten. Es ist keine Anmeldung erforderlich, bitte einfach über den Zoom-Link beitreten.</p>
23.2.26	<p>Dialogveranstaltung der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus: Versorgung nach sexualisierter Gewalt</p>	
26.2.2026, 19 Uhr bUm - Raum für solidarisches Miteinander, Paul-Lincke-Ufer 21, 10999 Berlin	<p>Equal Pay Day Soirée Ein Abend für gerechte Bezahlung und voller Impulse, Musik und Begegnung. Mit der Equal Pay Soirée 2026 feiern wir alle, die sich für equal pay einsetzen. Ein Abend voller Impulse, Musik und Begegnung – für alle, die sich in den letzten Jahren für gerechte Bezahlung und Geschlechtergerechtigkeit stark gemacht haben. Im Fokus: equal pay – jeden Tag. Für alle. Überall.</p>	<p>Anmeldepflichtig https://www.eventbrite.de/e/equal-pay-day-soiree-tickets-1641911675019?aff=odddtcreator</p>
1.3.2026	Equal Care Day	
6.3.2026	Frauentagsempfang der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus	
So, 8. März 2026	Internationaler Frauentag	
Mo, 09. März 2026	<p>«GLOBALE R FRAUEN*GENERALSTREIK» unter dem Motto "Zeit ist gekommen. Vielfältig. Sichtbar. Notwendig. Weltweit" Der Aufruf ist eine dezentrale, lernende Plattform. Hier sind Menschen vereint, die für eine</p>	<p>Weitere Informationen unter: https://enoughgenug.org/</p>

	lebenswerte, gerechte Zukunft für ALLE kämpfen und am 09. März 2026 (und an vielen anderen Tagen) sichtbar machen, dass sie GENUG!YETER! haben von Menschen, die Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung in die Welt tragen.	
Dienstag, 24. März 2026, 17:30-19:00 Uhr im Berliner Frauenbund 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin-Schöneberg	<p>Präsenz-Infoabend für den Lehrgang April 2026 bis März 2027 „Die Löwin – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben</p> <p>Sie gehören zu den Frauen, die mehr Selbstverantwortung übernehmen wollen? Sie streben eine Führungsposition in Ihrem Verband oder in Ihrer Organisation an oder wollen Ihre Führungsrolle überdenken?</p> <p>Das Weiterbildungsprogramm „Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben“ (kurz: Die Löwin) ist für Frauen entwickelt worden, die ihre Selbstwirksamkeit stärker entfalten und mit ihren Kompetenzen sichtbarer werden und sich mit Berliner Frauen aus unterschiedlichsten Berufs- und Wirkungsfeldern vernetzen wollen.</p>	Anmeldung: bitte per E-Mail an info@die-loewin.de Weitere Infos unter: https://die-loewin.de/
vom 16.4. bis 19.4.2026 in Berlin	Arbeitstagung der AKF-Frauenärztinnen zum Thema: Gynäkologie und Geld.	
23. Mai 2026	<p>Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle</p> <p>An diesem Tag feiern Engagierte in ganz Deutschland den 77. Geburtstag des Grundgesetzes mit einer bundesweiten Mitmachaktion. Ziel der Initiative „Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle.“ ist es, deutschlandweit zur Beteiligung, zu eigenen Aktionen und zum Mitmachen einzuladen. Initiator und Schirmherr ist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die DSEE bereitet die Aktion in enger Zusammenarbeit mit dem Bundespräsidialamt vor.</p>	Infos zum Mitmachen: https://www.ehrentag.de/
09. Juni 2026 in Berlin	<p>DGB: familienpolitische Fachtagung „Vereinbarkeit gestalten – Fachkräfte sichern“</p> <p>Wir diskutieren mit Bundesfamilienministerin Karin Prien</p>	Anmeldung unter https://vereinbarkeit.dgb.de/veranstaltungen/fachtagung

	und der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Elke Hannack, wie Vereinbarkeit und Mitbestimmung dazu beitragen, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Neben den politischen Rahmenbedingungen rücken wir die Handlungsmöglichkeiten von Betriebs- und Personalräten in den Mittelpunkt: Wo könnt ihr in Betrieben und Dienststellen ansetzen, um gute Arbeit und langfristige Fachkräftesicherung zu ermöglichen?	
24. Juni 2026	Bundesweiter Aktionstag für mehr Parität in den Parlamenten	
3.-5- Juli 2026	In Planung: Feministischer Frauen-Sommerkongress Wer möchte mitmachen?	
06. Oktober 2026 in Berlin	Zweiter Gleichstellungstag der Bundesstiftung Gleichstellung	

IV. Verschiedenes aus dem frauens*- und gesellschaftspolitischem Umfeld

- **Radiofeature im Programm von SWR Kultur: „Gewalt gegen Frauen - Wenn Partner zur Gefahr werden“ von Christiane Seiler**

Weltweit und auch in Deutschland ist geschlechtsbezogene Gewalt gegen Frauen ein gravierendes, strukturelles Problem. Gerade das eigene Zuhause wird oft zum gefährlichen Ort: Frauen werden von Partnern geschlagen, gefoltert, erniedrigt, eingesperrt, vergewaltigt. Oder getötet. Jeden dritten Tag geschieht in Deutschland ein Femizid. An dieser Situation hat sich, seit vor 50 Jahren die ersten Frauenhäuser gegründet wurden, nichts Wesentliches geändert. Die Befreiung einer Frau aus einer gewalttätigen Beziehung ist äußerst schwierig und langwierig, aber sie kann gelingen.

Im Feature erzählen Frauen, die von ihren (Ex-)Partnern Gewalt erfahren haben, meist viele Jahre lang. Jede Geschichte ist individuell und doch ähneln sie einander – es zeigt sich ein Muster der Gewalt. Und dass Gewalt gegen Frauen in allen sozialen Schichten vorkommt. Sehr viel häufiger, als man glaubt.

Die Doku ist als Podcast auf unserer SWR-Kultur-Seite zu finden, in der ARD Audiothek und überall dort, wo es Podcasts gibt.

Link zu SWR Kultur, wo das Feature zum Hören und Download bereitsteht:
<https://www.swr.de/kultur/gesellschaft/gewalt-gegen-frauen-wenn-partner-zur-gefahr-werden-feature-2025-11-21-100.html>

In der ARD Audiothek:

<https://www.ardaudiothek.de/episode/urn:ard:episode:18edbb7aaa4fe84e/>

- **EAF Berlin: Planer für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt**

Der neu entwickelte Planer der EAF Berlin - gefördert vom Bundesfrauenministerium - gibt Aufschluss darüber, wie Kommunalpolitik so gestaltet werden kann, dass sich Familie, Beruf und Mandat besser miteinander verbinden lassen. Denn eine gute Vereinbarkeit ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass sich mehr Menschen kommunalpolitisch engagieren können.

Das Paper richtet sich an Verantwortliche in Verwaltung und Politik, die kommunale Strukturen weiterentwickeln möchten. Er bündelt konkrete Ansätze und praxisorientierte Empfehlungen, die Kommunen dabei unterstützen sollen, ihre politischen Rahmenbedingungen familienfreundlicher, vielfältiger und damit zeitgemäßer zu gestalten. Kommunen, Fraktionen und Parteien können selbst entscheiden, welche Themen für sie aktuell relevant sind, wo sie Handlungsbedarf sehen und welche Ressourcen zur Verfügung stehen. Ziel ist es, Maßnahmen Schritt für Schritt umzusetzen und an die jeweilige Situation vor Ort anzupassen. Gleichzeitig betont der Planer, dass Vereinbarkeit nicht im Alleingang gelingen kann. Es braucht Austausch und Zusammenarbeit über unterschiedliche Ebenen hinweg, um tragfähige und verlässliche Strukturen zu schaffen.

Zur vollständigen Publikation geht es hier: https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/251016_eaf_handlungsempfehlungen_familienpolitik_10_02_003.pdf

- **Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Rechtsprechungsübersicht zum Antidiskriminierungsrecht**

In dieser neu überarbeiteten Übersicht werden ausgewählte Entscheidungen deutscher Gerichte zum Antidiskriminierungsrecht zusammengefasst. Die Urteile zu Benachteiligungen aufgrund ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter sowie sexueller Identität geben einen kompakten Einblick in die Entwicklung der Rechtsprechung. Sie zeigen, wie der gerichtliche Diskriminierungsschutz kontinuierlich weiter gestärkt wird. Eine klarere und zunehmend gefestigte Rechtsprechung trägt außerdem dazu bei, Diskriminierungen in vergleichbaren Fällen wirksamer zu verhindern.

Die vollständige Publikation steht hier zur Verfügung:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Rechtsprechungsuebersicht/rechtsprechungsuebersicht_zum_antidiskriminierungsrecht.html

- **gleichstellungspolitische Zukunftsstrategien auf dem Arbeitsmarkt, in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft.**

Rund 600 Fach- und Führungskräfte diskutierten Anfang November in Berlin über gleichstellungspolitische Zukunftsstrategien auf dem Arbeitsmarkt, in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft. Die Konferenz war ein beeindruckendes Statement zur Gleichstellung der Geschlechter in Zeiten der Polykrise. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bundesagentur für Arbeit und die Servicestelle SGB II – unterstützt von hochrangigen Expert*innen – machten deutlich, um welche strategischen Weichenstellungen es künftig gehen muss, um erfolgreich zu sein: Es geht nicht darum, die Hälfte vom Kuchen zu bekommen, sondern die Hälfte der Bäckerei! Wir empfehlen den Rückblick auf diese besondere Konferenz und ebenfalls die Stellungnahme des Deutschen Juristinnenbundes zu den geplanten Änderungen im SGB.

Mehr Infos: <https://www.bmas.de/DE/Ministerium/Veranstaltungen/konferenz-chancengleichheit-jetzt-2025.html>

- **Deutscher Juristinnenbund e.V.: Stellungnahme: 25-35 zu den geplanten Änderungen im SGB II: Gleichstellung sichern, Care-Arbeit respektieren, soziale Risiken vermeiden**

Die Stellungnahme zielt darauf ab eine gleichstellungsrechtliche Perspektive in die geplanten Änderungen im SGB II einzubringen. Aus Sicht des Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) bestehen in verschiedenen Regelungsbereichen erhebliche Risiken geschlechtsspezifischer Benachteiligungen von Frauen – insbesondere von Alleinerziehenden. Der djb kritisiert zudem die deutlich zu kurze Stellungnahmefrist. Sie lässt keine detaillierte und fundierte Auseinandersetzung mit dem gesamten Entwurf zu. Eine Reform, die so weitreichende Verschärfungen im Existenzsicherungsrecht vorsieht, hätte eine angemessene Gelegenheit zur qualifizierten Analyse und Diskussion erfordert.[1][2] Trotz der eingeschränkten Frist unterbreitet der djb folgend konkrete Vorschläge für eine geschlechtergerechte Ausgestaltung der Reform in fünf zentralen Bereichen:

- Familiengerechte Integrationsunterstützung statt Druck auf Sorgeverantwortliche
- Keine Sippenhaft: Familienangehörige im Sanktionsregime schützen
- Wohnraumsicherung statt Mietschulden
- Zeit für Arbeitsmarktintegration statt für Bürokratie
- Umgangsmehrbedarf statt temporärer Bedarfsgemeinschaft

Mehr Infos: <https://www.djb.de/presse/pressemittelungen/detail/zu-den-geplanten-aenderungen-im-sgb-ii-gleichstellung-sichern-care-arbeit-respektieren-soziale-risiken-vermeiden>

- **Femizide in Deutschland - Eine empirisch-kriminologische Untersuchung zur Tötung an Frauen - Forschungskurzbericht**

Mehr Infos: https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/172346/Femizide%20in%20Deutschland_Forschungskurzbericht.pdf?sequence=1&isAllowed=y

- **Vierter Gleichstellungsbericht**

Die Bundesstiftung Gleichstellung hat eine Kurzfassung des Vierten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung „Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation“ veröffentlicht. Die Fassung gibt die wesentlichen Inhalte des Gutachtens der Sachverständigen in kompakter Form wieder.

Kurzfassung <https://www.gleichstellungsbericht.de/aktuelles/2025/11/25/jetzt-neu-kurzfassung-des-vierten-gleichstellungsberichts/>

- **Fachkräftesicherung? Nur mit guter Vereinbarkeit von Familie und Beruf!**

In einer Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit werden die Auswirkungen der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen untersucht und Handlungsempfehlung für die Praxis gegeben. Die Autor*innen fordern zielgerichtete betriebliche Maßnahmen und den Abbau von Hürden für Frauen auf dem Arbeitsmarkt, um die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen zu stärken und ihr großes Erwerbspotenzial zur Fachkräftesicherung nutzbar zu machen.

Sonderauswertung

https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Studien/DGB_Sonderauswertung_web.pdf

- **Mehr als 1000 Adressen für die Unterstützung bei Gewalt und Diskriminierung**

Der Verein Pinkstinks e.V. (auch bekannt mit dem Projekt Schule gegen Sexismus) hat mehr als 1000 Adressen für die Unterstützung von Frauen* mit Gewalterfahrungen oder in schwierigen Lebenssituationen zusammengestellt. Die nach Bundesländern und Unterstützungsform systematisierte Online-Datenbank ist frei zugänglich.

Datenbank https://pinkstinks.de/hilfe-erhalten/anlaufstellen/?mtm_campaign=NL-Anlaufstellen&mtm_kwd=CTA-Anlaufstellen

- **Männer gut beraten**

Das Bundesforum Männer hat einen aktualisierten Leitfaden zu geschlechterreflektierter Beratung von Männern veröffentlicht. Der Leitfaden will dazu ermuntern, die „Geschlechterbrille“ aufzusetzen und in Beratungsprozessen sensibel für die Wirksamkeit von Männlichkeitsbildern zu sein.

Leitfaden <https://bundesforum-maenner.de/publikation/leitfaden-maenner-gut-beraten/>

- **„Gender Glossar – 100 Begriffe zu Gender“**

Und für alle Leser*innen, die sich noch nicht so gut in der Gleichstellungsmaterie mit und ohne ESF Plus auskennen oder für diejenigen, die sich noch einmal vergewissern möchten, ob „man-spreading“ nun eine neue Yoga-Einheit ist oder doch eher ein subtiles Ressourcenproblem zwischen den Geschlechtern, verweisen wir auf das „Gender Glossar – 100 Begriffe zu Gender“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Viel Freude beim Stöbern: <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/22319.pdf>

- **Beispiel Guter Praxis #13: Das Programm EXIST-Women**

Mit dem ESF Plus kofinanzierten Programm EXIST-Women werden Frauen aus der Wissenschaft für eine Gründung sensibilisiert, qualifiziert, vernetzt, auf eine mögliche Start-Up-Gründung vorbereitet und finanziell gefördert. Das Programm ermutigt Frauen dazu, eine unternehmerische Selbstständigkeit zu etablieren und soll dazu beitragen, den Anteil von Geschäftsführerinnen und Gesellschafterinnen in innovativen Unternehmensgründungen zu erhöhen. Das Programm zeigt einen Förderansatz, der Frauen in ihrer Vielfalt in ihrer konkreten Situation umfassende qualitativ hochwertige Unterstützung anbietet. Das Empowerment geht einher mit tragfähigen finanziellen Unterstützungen und ergebnisoffenen Begleitungen.

Zur ausführlichen Darstellung: <https://faqt-esf.de/fachstelle/gute-praxis/beispiel-guter-praxis-exist-women>

- **LGBTIQ+ Equality Strategy**

Die Europäische Kommission hat ihre LGBTIQ+-Gleichstellungsstrategie 2026-2030 vorgestellt. Sie basiert auf drei Säulen: Schutz vor Diskriminierung, Empowerment sowie die Einbindung der Gesellschaft.

Strategie (engl.) <https://ec.europa.eu/newsroom/just/items/905930/en>

- **Job-Turbo – ein wirksames Instrument zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten?**

In einer Untersuchung des Immigration Policy Lab werden die Erfolge des Job-Turbos für die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter hervorgehoben. Trotz der großen Zahl von Geflüchteten aus der Ukraine und aus anderen Ländern, die durch den Job-Turbo in Arbeit gebracht werden konnten, lassen sich jedoch nur begrenzte positive Auswirkungen für Frauen feststellen. Dies kritisieren auch die Autor*innen einer Analyse des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die in der Zeitschrift arbeitsmarktaktuell erschienen ist. Trotz der Erfolge des Instruments wird darin auf die strukturellen Hindernisse verwiesen, die

weiterhin große Teile des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials ungenutzt lassen.

Studie (engl.) https://osf.io/preprints/socarxiv/px9ew_v1

Zeitschrift

https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Studien/Arbeitsmarkt_Aktuell/251111_Arbeitsmarktintegration_Gefl%C3%BCchteter_Wie_wirksam_ist_der_Job-Turbo.pdf

- **Rechte von Frauen und Mädchen mit Behinderungen**

Im Rahmen der Erstellung von Leitlinien zum Umgang mit Diskriminierung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen durch den UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) einen Beitrag über die Situation in Deutschland veröffentlicht.

Beitrag (engl.)

- **Die Schlüsselrolle von Geschlechtergerechtigkeit in der Migrationspolitik**

Gender beeinflusst Migrationserfahrungen und Migrationspolitik erheblich und beeinflusst und prägt wie Männer, Frauen und LGBTQI+-Personen migrieren und sich in Gesellschaften integrieren. Ebenso formen kulturelle, territoriale und historische Kontexte die Migration und prägen die Erfahrungen von Männern, Frauen und Personen mit diversen Geschlechtsidentitäten unterschiedlich, sodass Migration zu einer komplexen und uneinheitlichen Erfahrung wird.

Vor dem Gipfel des Globalen Forums für Migration und Entwicklung (Global Forum on Migration and Development, GFMD) im September 2025 in Riohacha, Kolumbien, brachte die Friedrich-Ebert-Stiftung Vertreter:innen der Zivilgesellschaft aus aller Welt zusammen, um eine regionsübergreifende Diskussion über Fragen rund um Geschlechtergerechtigkeit und Migration anzustoßen. Auf der Grundlage einer Reihe von Artikeln wurden in der Diskussion Empfehlungen von Akteur:innen der Zivilgesellschaft aus aller Welt zu gendersensiblen, inklusiven und rechtebasierten Strategien in der Migrationspolitik vorgelegt. Diese Empfehlungen wurden in einem Policy Brief veröffentlicht, der in diesem Artikel vorgestellt wird.

<https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/artikelseite-flucht-migration-integration/die-schlueselrolle-von-geschlechtergerechtigkeit-in-der-migrationspolitik>

- **Ausschuss für Sport und Ehrenamt im Deutschen Bundestag: Sitzung zum Vierten Engagementbericht und Freiwilligensurvey**

Die 13. Sitzung des Bundestagsausschusses für Sport und Ehrenamt wird am 3. Dezember 2025 im Paul-Löbe-Haus in Berlin stattfinden. In der öffentlichen Sitzung werden der Vierte Engagementbericht der Bundesregierung (BT-Drs. 20/14120) sowie die Befunde des jüngst erschienenen Kurzberichts des sechsten Freiwilligensurveys behandelt. Damit werden Impulse für die Weiterentwicklung der Engagementpolitik in Deutschland geliefert. Für den Tagesordnungspunkt zum Vierten Engagementbericht werden Katarina Peranić und Jan Holze von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) sowie Univ.-Prof*in. Dr. Chantal Munsch, Vorsitzende der Sachverständigenkommission und Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Universität Siegen, und Prof*in Dr. Wibke Riekmann von der Hochschule Hannover, Bereich Gemeinwesenarbeit und Community Organizing mit Schwerpunkt Partizipation von Kindern und Jugendlichen, teilnehmen. Für den Tagesordnungspunkt zum Sechsten Freiwilligensurvey sind ebenfalls Katarina Peranić und Jan Holze (DSEE) eingeladen, ergänzt durch Ingo Leven, Senior Director und Leiter des Forschungsbereichs Familie, Bildung, Bürgergesellschaft bei Verian, sowie Dr. Lilian Schwalb, Geschäftsführerin des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Die Sitzung ist öffentlich und wird live auf der Website des Deutschen Bundestages übertragen.

Weitere Informationen:

https://www.bundestag.de/ausschuesse/sport_und_ehrenamt/anhoerungen/1126726-1126726?utm_source=chatgpt.com

- **Reform des Sozialgesetzbuches II: Verbände bewerten den Entwurf**

Mehrere Fachverbände, darunter der Paritätische Wohlfahrtsverband (Paritätischer), der Deutsche Anwaltverein (DAV), die Diakonie, die Caritas, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Sozialverband Deutschland (SoVD) und Tacheles, haben umfassende Stellungnahmen zum Referentenentwurf zur Reform des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) vorgelegt. Die vorgesehenen Änderungen betreffen zentrale Bereiche der Grundsicherung wie den Leistungszugang und die Leistungsberechnung, die Mitwirkungs- und Verhaltenspflichten, die Sanktionsmechanismen sowie die verfahrenstechnischen Vorgaben. In ihren Analysen kritisieren die Organisationen übereinstimmend, dass die Reformvorschläge tief in die Rechte Leistungsberechtigter eingreifen und eine Schwächung sozialstaatlicher Sicherungen sowie eine wachsende gesellschaftliche Spaltung befürchten lassen. Die Stellungnahmen sind online verfügbar.

- Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze:
<https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Referentenentwuerfe/13-gesetz-zur-aenderung-sbb-ii-und-anderer-gesetze.pdf?blob=publicationFile&v=1>
- Tacheles: Stellungnahme (PDF): <https://tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/archiv/stellungnahme-zum-13-sgb-ii-aenderungsgesetz-von-tacheles-veroeffentlicht.html>
- Pari: Stellungnahme (PDF): https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/251118_SN-Paritaet_SGB-II.pdf
- DAV: Stellungnahme (PDF):
file:///C:/Eigene%20Dateien/Mechthild/Downloads/dav-sn-75_2025-%C3%A4nderung-des-zweiten-buches-sozialgesetzbuch.pdf
- Diakonie: Stellungnahme (PDF):
https://www.diakonie.de/diakonie_de/user_upload/diakonie.de/PDFs/Stellungnahmen/25-11-18_Diakonie_Stellungnahme_SGB_II_%C3%84ndG_Grundsicherung.pdf
- Caritas: Stellungnahme: <https://www.caritas.de/fuerprofis/stellungnahmen/18-11-2025-stellungnahme-zum-13.-sgb-ii-aenderungsgesetz>
- AWO: Stellungnahme: <https://awo.org/position/stellungnahme-neue-grundsicherung/>
- SoVD Stellungnahme:
<https://www.sovd.de/sozialpolitik/stellungnahmen/meldungen/stellungnahme-zum-referentenentwurf-grundsicherung>

- **Debatten im öffentlichen Raum – zur Notwendigkeit einer konsultativen Demokratie**

Rupert Graf Strachwitz analysiert in seinem Beitrag die Entwicklung der Debatte über politische Neutralität zivilgesellschaftlicher Organisationen (ZGO). Er betont, dass ZGO rechtlich nicht zu politischer Zurückhaltung verpflichtet sind, solange sie keine Parteien unterstützen. Aktuelle Behauptungen, wonach die Gemeinnützigkeit oder öffentliche Förderung politische Positionierung verbiete, seien unbegründet und Ausdruck fehlender

Sachkenntnis oder gezielter Diffamierung. Der Autor verweist auf den wachsenden Druck auf ZGO, beispielsweise in Form des Entzugs der Gemeinnützigkeit oder von Anzeigen wegen angeblicher Neutralitätsverstöße, und ordnet dies in einen breiteren Wandel der politischen Kultur ein. Angesichts des sinkenden Vertrauens in staatliche Institutionen und der wachsenden Bedeutung konsultativer Demokratie sind ZGO laut Strachwitz unverzichtbare Akteure im öffentlichen Raum. Strachwitz fordert eine Reform des Gemeinnützigs- und Zuwendungsrechts, das politische Teilhabe ausdrücklich ermöglichen und die »Förderung des demokratischen Gemeinwesens« klar verankern müsse.

Beitrag von Rupert Graf Strachwitz (PDF): https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2025/23/NL_23-2025_Rupert_Graf_Strachwitz.pdf

- **Politisch, aber neutral? Was Nonprofits jetzt dürfen – und was nicht**

Eva Helfenstein, Rechtsanwältin bei WINHELLER in Frankfurt, erläutert die aktuellen Grenzen der politischen Betätigung gemeinnütziger Organisationen (NGOs). Anlass sind parlamentarische Anfragen und Prüfberichte, die die Neutralität und staatliche Förderung von NGOs hinterfragen. Sie betont: »Direkte oder indirekte Parteienförderung bleibt verboten, politische Bildung und Engagement für Demokratie, Menschenrechte oder gegen Rassismus sind dagegen erlaubt, solange sie sachlich, satzungsbezogen und parteipolitisch neutral erfolgen.« Grauzonen bestehen bei Kampagnen gegen einzelne Parteien oder der Teilnahme an parteipolitisch geprägten Demonstrationen. Ein rechtssicheres Vorgehen erfordert klare Satzungszwecke, eine fundierte Kommunikation, die Vermeidung von Wahlwerbung, die Prüfung von Zuwendungsbescheiden und gegebenenfalls juristischen Rat. NGOs müssen nicht schweigen, sondern können ihre gemeinnützigen Ziele politisch vertreten – so die Autorin.

Beitrag von Eva Helfenstein (PDF): https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2025/23/NL_23-2025_Eva_Helfenstein.pdf

- **bpb-Podcast zum Thema Einsamkeit**

In einer neuen Folge des APuZ-Podcasts beleuchten Moderatorin Sarah Zerback, Soziologe Janosch Schobin, Sozialpsychologin Alma Merscher und Harald Hüttmann von der Bürgergenossenschaft gemeinsam die gesellschaftspolitische Dimension von Einsamkeit. Dabei werden zentrale Risikofaktoren, Wege der Prävention sowie der direkte Einfluss von Einsamkeit auf politische Einstellungen diskutiert. Im Fokus steht insbesondere die Frage, wie Einsamkeit das Vertrauen in demokratische Institutionen beeinflusst und welche Rolle zivilgesellschaftliches Engagement spielen kann, um soziale Isolation zu überwinden. Ein wichtiger Beitrag für alle, die Einsamkeit nicht nur als individuelles, sondern auch als demokratisches Problem begreifen möchten.

Aus Politik und Zeitgeschichte - Podcast Folge »Einsamkeit«

<https://www.bpb.de/mediathek/podcasts/apuz-podcast/572331/einsamkeit-mit-janosch-schobin-harald-huettmann-und-alma-merscher/>

Transkript (PDF)

https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Transkript_Einsamkeit.pdf

- **Migrantische Unternehmensgründungen in Deutschland**

Der Beitrag »Migrantische Unternehmensgründungen – Zahlen, Herausforderungen und Potenziale« von Vera Hanewinkel und Christina Mecke für die Bundeszentrale für politische Bildung untersucht die Bedeutung von Unternehmensgründungen durch Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte in Deutschland. Er zeigt, dass ihr Anteil an allen Gründungen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist – von rund 22 Prozent im Jahr 2022 auf etwa 28 Prozent im Jahr 2024. Neben traditionellen

Geschäftsfeldern wie Gastronomie oder Handel sind migrantische Gründerinnen und Gründer zunehmend auch in wissensintensiven Branchen und Start-ups aktiv. Der Beitrag hebt hervor, dass diese Gründungen einen wichtigen Beitrag zu Innovation, Beschäftigung und wirtschaftlicher Teilhabe leisten. Zugleich werden strukturelle Herausforderungen wie aufenthaltsrechtliche Hürden, eingeschränkter Zugang zu Finanzierung und Beratungsangeboten sowie sprachliche und administrative Barrieren benannt.

Bericht: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/migrationspolitik/571813/migrantische-unternehmensgruendungen/>

- **Bericht „Monitor – im Fokus Femizide“**

um politische Debatten und den öffentlichen Diskurs zu fördern, befasst sich die Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt jährlich vertiefend mit einem von GREVIO hervorgehobenen Fachthema sowie mit einer in Politik, Zivilgesellschaft oder Wissenschaft diskutierten Fragestellung. Sie generiert datengestützte Erkenntnisse und gibt hierzu Impulse.

In diesem Zusammenhang hat sich die Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt dieses Jahr schwerpunktmäßig mit dem Thema Femizide befasst. Heute können wir Ihnen unseren Bericht „Monitor – im Fokus Femizide“ vorstellen.

Femizide stellen die schwerste Form geschlechtsspezifischer Gewalt dar. Der Bericht ordnet die Begriffsdebatte und zeigt neue Zahlen zu Femiziden – durch (Ex-)Partner, Familienangehörige – und stellt darüber hinaus erstmals Zahlen für weitere Kontexte von Femiziden vor, z.B. Sexualmorde, Tötungen in Erziehungs- und Betreuungsverhältnissen. Er zeigt Lücken in der Prävention in Deutschland auf und stellt Praxisbeispiele aus dem europäischen Ausland vor.

Bericht: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/monitor-im-fokus-femizide-in-deutschland>

Factsheet zu den zentralen Ergebnissen: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/femizide-in-deutschland>

- **„Die Alterseinkommenslücke zwischen Männern und Frauen – Höhe, Ursachen, Abhilfen“**

Die Präsentationen sowie weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite: <https://www.oecd.org/de/events/2025/11/die-altereinkommenslücke-zwischen-männern-und-frauen--hohe-ursachen-abhilfen0.html>

- **Eltern in der Rushhour des Lebens entlasten**

Familien mit kleinen Kindern fehlt vor allem eines: Zeit. Unsere neue Analyse Eltern in der Rushhour des Lebens entlasten: Die Dynamische Familienarbeitszeit zeigt deutlich, wie stark sich Erwerbs- und Sorgearbeit in der „Rushhour des Lebens“ verdichten und wie groß die Lücke zwischen Ideal und Realität ist.

Väter arbeiten häufiger mehr Stunden, als sie wollen. Mütter älterer Kinder reduzieren ihre Erwerbsarbeit stärker, als es ihren eigenen Vorstellungen entspricht. Das Ergebnis: ein hoher Gender-Care und Gender-Working-Time-Gap, der langfristige Ungleichheiten verstärkt. Die Analyse von Martin Bujard und Leonie Kleinschrot (BiB) macht sichtbar, was sich Eltern wirklich wünschen, und wie die Dynamische Familienarbeitszeit zu einer Verbesserung der partnerschaftlichen Aufteilung beitragen kann.

Zur Analyse:

<file:///C:/Eigene%20Dateien/Mechthild/Downloads/Eltern%20in%20der%20Rushhour%20des%20Lebens%20entlasten.pdf>

- **Mobilität digital und gemeinwohlorientiert gestalten**

Das Impulspapier beleuchtet die Unterschiede zwischen privaten und öffentlichen Mobilitätsplattformen und skizziert politische Handlungsoptionen: Der Weg von A nach B beginnt heute oft mit einem Blick aufs Smartphone. Digitale Mobilitätsplattformen zeigen nicht nur die schnellste Route, sondern bieten zugleich Zugang zu unterschiedlichen Verkehrsmitteln. Nach dem Prinzip Mobility-as-a-Service (MaaS) lassen sich Tickets für Bus und Bahn buchen, das nächste Leihfahrrad oder ein E-Scooter finden oder ein Carsharing-Auto reservieren und entsperren. Das ist komfortabel – und eröffnet die Chance auf eine klimafreundlichere, inklusivere und verlässlichere Mobilität.

Ob MaaS-Plattformen das Gemeinwohl stärken und zu einer sozial gerechte Mobilitätswende beitragen, hängt jedoch davon ab, wie sie ausgestaltet sind. Das Impulspapier Mobilität digital und gemeinwohlorientiert gestalten zeigt: Private Anbieter verfolgen meist gewinnorientierte Geschäftsmodelle, konzentrieren sich auf kaufkräftige Innenstadtbereiche und bewerben hochpreisige, motorisierte Angebote. Kommunale Plattformen verfolgen dagegen stärker gemeinwohlorientierte Ziele, stoßen aber auf technische, finanzielle und regulatorische Hürden. Deutlich wird: Damit Mobilitätsplattformen tatsächlich Motor einer sozial gerechten Mobilitätswende werden, ist politisches Handeln gefragt – auf allen Ebenen, von der EU bis zur Kommune. Mehr: <https://www.fes.de/abteilung-analyse-planung-und-beratung/artikelseite-apb/mobilitaet-digital-und-gemeinwohlorientiert-gestalten>

- **Individuell genutzt, aber strategisch vernachlässigt - Status quo und Handlungsbedarfe zu generativer KI im gemeinnützigen Sektor**

Die wichtigsten Erkenntnisse sind:

- 73 Prozent der Engagierten und Beschäftigten nutzen generative KI. Zwischen Altersgruppen, Rollen, Tätigkeitsfeldern und Organisationsgrößen zeigen sich deutliche Unterschiede.
- Besonders häufig kommt KI in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zum Einsatz. In vielen anderen Bereichen fehlen noch konkrete Anwendungsfälle. Der Wunsch nach guten Praxisbeispielen und hilfreichen Workshops ist entsprechend groß.
- Die meisten Organisationen verfügen bisher weder über Initiativen noch über verbindliche Richtlinien. Viele Entscheidungen zur Nutzung werden derzeit von den einzelnen Anwenderinnen und Anwendern getroffen.
- Generative KI sollte stärker als Führungsthema verstanden werden, da sie die Organisationskultur und Entwicklung beeinflusst. Es braucht eine klare Haltung, eine Strategie sowie Führungskräfte, die Engagierte und Beschäftigte im Wandel unterstützen.
- Um vorhandene Potenziale zu nutzen, sind klare Leitlinien, gezielter Kompetenzaufbau und ein systematischer Austausch zu geeigneten Anwendungsfeldern notwendig. Ebenso wichtig sind gemeinwohlorientierte und datenschutzfreundliche KI-Lösungen für die Zivilgesellschaft.

Link zur Studie: https://www.ziviz.de/publikationen/ki_im_gemeinnuetzigen_sektor

- **Discussion Paper: Digitalisierung und Sozialer Wandel – Auswirkungen auf intersektionale geschlechtliche Ungleichheiten**

Die Auswirkungen von Digitalisierungsprozessen werden kontrovers diskutiert, und insbesondere zu den Geschlechter- und Ungleichheitswirkungen gibt es bislang noch wenig umfassende Erkenntnisse. Ausgehend von einem Verständnis von Technologie als einer sozialen Konstruktion und (vergeschlechtlichten) Praxis, wird zunächst die feministische Technikkritik rekonstruiert und auf die aktuellen Digitalisierungsprozesse erweitert. Basierend auf einem intersektionalen techno-feministischen Ansatz werden die

polit-ökonomischen und sozialen Bedingungen und Auswirkungen von Digitalisierungsprozessen analysiert. Dafür werden drei empirische Felder exemplarisch untersucht: der androzentrische Bias in der Technologieentwicklung, Digitalisierung in der Produktion bzw. in der Wertschöpfungskette des Bekleidungs-Einzelhandels sowie plattformbasierte Arbeit. Ergebnisse der Studie in: Discussion Paper 52 des Harriet Taylor Mill-Institut für Ökonomie und Geschlechterforschung.

Paper zum Nachlesen: <https://www.htm1.hwr-berlin.de/publikationen/discussion-papers>

- Frauen müssen ihre Rolle in der Gesellschaft ändern

Die Stärkung von Frauen am Arbeitsplatz ist mehr als nur Gleichberechtigung, es ist Führungskompetenz. Könnte die Führungsrolle von Frauen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verringern und mehr Frauen dazu inspirieren, Positionen in männerdominierten Industriezweigen zu übernehmen? Wenn ja, wie können Frauen innerhalb einer Generation die Tür zur Führungsetage öffnen?

Mehr auf Euractiv unter diesem Link (englisch): <https://www.euractiv.com/news/female-empowerment-in-the-workplace-its-more-than-equality-its-leadership/>

- **Working Paper: Vermögensungleichheit zwischen Männern und Frauen in der Europäischen Union**

In diesem Beitrag werden geschlechtsspezifische Vermögensunterschiede in den Ländern der Europäischen Union anhand der Erhebungswellen 2010–2021 der Haushaltsfinanz- und Konsumumfrage der Europäischen Zentralbank untersucht. Um die Schwierigkeit der Vermögensverteilung innerhalb von Haushalten zu berücksichtigen und einen klareren Vergleich der Vermögenslage von Männern und Frauen zu ermöglichen, konzentriert sich die Studie, die Ende Oktober bei Bruegel erschien, auf alleinstehende, nie verheiratete Personen im Alter von 25 bis 65 Jahren ohne unterhaltsberechtigte Personen.

Zum ganzen Beitrag (englisch): <https://www.bruegel.org/working-paper/gender-wealth-inequality-european-union-distributional-perspective>

- **Einkommensverlust von Frauen nach Geburt weit höher als bisher gedacht**

Der Einkommensverlust von Müttern nach der ersten Geburt ist in Deutschland noch wesentlich größer als bisher angenommen. Mütter verdienen im vierten Jahr nach der Geburt durchschnittlich fast 30.000 Euro weniger als gleichaltrige Frauen noch ohne Kinder – mit langfristigen Auswirkungen auf Karriere und die spätere Rente. Bisherige Schätzungen lagen bei rund 20.000 Euro und damit etwa 30 Prozent zu niedrig. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des ZEW Mannheim mit der Universität Tilburg. „Werden Frauen unter 30 Jahren erstmals Mutter, erleiden sie einerseits Verluste im gegenwärtigen Einkommen, andererseits verpassen sie auch wichtige Karriereschritte in der besonders prägenden frühen Berufsphase mit entsprechenden Folgen für ihren weiteren Werdegang.“

Link zur Studie: <https://www.zew.de/presse/pressearchiv/einkommensverlust-nach-geburt-weit-hoher-als-bisher-gedacht>

- „Krise als Chance? Strategien und Handlungspläne zum Aufbau resilenter Strukturen im freiwilligen Engagement“

Die Studie zeigt auf, wie Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und weitere Akteur:innen freiwilliges Engagement in Krisenzeiten stärken und widerstandsfähiger gestalten können. Im Mittelpunkt stehen Handlungsempfehlungen, die zur Weiterentwicklung resilenter Engagementstrukturen beitragen sollen. Untersucht wurden die Erfahrungen von Freiwilligenkoordinator:innen und -manager:innen in den Bereichen Flucht und Migration sowie Wohnungslosenhilfe – insbesondere mit Blick auf die Corona-Pandemie und die nachfolgenden gesellschaftlichen Krisen.

Durchgeführt wurde die Untersuchung vom Europa-Institut für Sozial- und Gesundheitsforschung e.V. in Kooperation mit der Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V. im Zeitraum Oktober 2023 bis September 2025. Vorgestellt werden die Ergebnisse von Prof. Dr. Heinz Stäpf-Finé und Tim Becker (Europa-Institut für Sozial- und Gesundheitsforschung e.V.) sowie Carola Schaaf-Derichs (für die Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V.).

- **Menschenrechtsinstitut fordert stärkere Verpflichtung der Privatwirtschaft zu Barrierefreiheit**

Anlässlich des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember fordert das Deutsche Institut für Menschenrechte ein stärkeres Engagement der Privatwirtschaft für Barrierefreiheit und drängt die Bundesregierung, den derzeit vorliegenden Gesetzentwurf zur Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) entsprechend zu überarbeiten.

"Wir brauchen in Deutschland endlich Gesetze, die unser Land barrierefreier machen. Angesichts des demografischen Wandels dürfen wir Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen nicht länger durch Zugangsbarrieren von Dienstleistungen ausschließen. Der vorliegende Entwurf zur Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes droht jedoch genau das zu bewirken. Das ist nicht nur menschenrechtswidrig, sondern auch schlicht unwirtschaftlich", sagt Britta Schlegel, Leiterin der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

"Der Entwurf bleibt in vielen Punkten hinter den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention an eine inklusive und moderne Gesellschaft zurück", erklärt Leander Palleit, Co-Leiter der Monitoring-Stelle. Die Privatwirtschaft wird nicht zu Barrierefreiheit verpflichtet, lediglich auf Anfrage und im Einzelfall müssen Maßnahmen ergriffen werden. Selbst kleinste Anpassungen von Gütern und Dienstleistungen werden pauschal für unzumutbar erklärt, unabhängig von der Größe des Unternehmens. Auch die Rechtsschutzmöglichkeiten bleiben im Entwurf auf ein Minimum beschränkt. "Das Benachteiligungsverbot wird damit in der Privatwirtschaft nahezu wirkungslos, und das geplante Gesetz bringt aus Sicht des Instituts kaum Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger", so Palleit.

"Es ist entscheidend, den Gesetzentwurf so nachzubessern, dass er die Privatwirtschaft zu schrittweiser Barrierefreiheit verpflichtet. Es müssen außerdem wirksame Sanktionsmöglichkeiten geschaffen und die Klagemöglichkeiten gestärkt werden, damit eine Missachtung der Verpflichtungen auch Konsequenzen hat", ergänzt Schlegel.

Zum Hintergrund: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat den Referentenentwurf am 19. November in die Verbändeanhörung gegeben. Die Stellungnahmefrist läuft noch bis zum 8. Dezember. Das Kabinett soll am 17. Dezember über den Gesetzentwurf entscheiden.

WEITERE INFORMATIONEN: Deutsches Institut für Menschenrechte (2025): Eckpunktepapier "Gesetzlichen Diskriminierungsschutz für Menschen mit Behinderungen endlich verbessern. Formulierungsvorschläge für ein reformiertes BGG und AGG":

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/gesetzlichen-diskriminierungsschutz-fuer-menschen-mit-behinderungen-endlich-verbessern>

- **Neue FAQ-Bereiche auf der Website des Gesamtverbandes zum Thema "Rechtliche Orientierung zu politischer Betätigung und Umgang mit Rechtsextremismus für gemeinnützige Organisationen"**

Wie können gemeinnützige Organisationen Haltung zeigen, ohne ihre Gemeinnützigkeit zu gefährden? Was tun bei rechtsextremen Vorfällen am Arbeitsplatz? Und wie kann eine Satzung gestaltet werden, sodass sie rechtsextreme Bestrebungen vorbeugt? Drei neue

FAQ-Bereiche auf der Website „Vielfalt ohne Alternative“ des Gesamtverbandes bieten praxisnahe Orientierung zu zentralen Fragen rund um politische Betätigung und Gemeinnützigkeit, Rechtsextremismus am Arbeitsplatz und Satzungsgestaltung gegen Rechtsextremismus. Die FAQ unterstützen soziale Organisationen dabei, sich rechtssicher für demokratische Werte stark zu machen. Sie bündeln praxisnahe Informationen, Beispiele und Empfehlungen und geben rechtliche Orientierung.

weitere Informationen: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/neue-faq-bereiche-auf-der-website-rechtliche-orientierung-zu-politischer-betaetigung-und-umgang-mit-rechtsextremismus-fuer-gemeinnuetzige-organisationen/>

- **Freiwilliges Engagement schützt erwerbslose Menschen vor dem Gefühl, nicht Teil der Gesellschaft zu sein**

Menschen ohne Erwerbsarbeit haben im Vergleich zu Erwerbstäigen ein höheres Risiko, sich sozial ausgegrenzt zu fühlen – besonders, wenn sie arbeitslos sind. Doch auch Personen, die aus anderen Gründen nicht erwerbstätig sind, etwa wegen gesundheitlicher Einschränkungen oder wegen familiärer Aufgaben, sind davon betroffen. Freiwilliges Engagement kann helfen, das Gefühl der Ausgrenzung zu verringern.

Dr. Julia Simonson, kommissarische Leiterin des Deutschen Zentrums für Altersfragen mit dem Forschungsschwerpunkt Freiwilliges Engagement und Partizipation, erläutert die gesellschaftliche Bedeutung der Befunde: „Wenn Menschen sich sozial ausgegrenzt fühlen, kann dies weitreichende Folgen haben: für das eigene Wohlbefinden, aber auch für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Sowohl die Erwerbstätigkeit als auch freiwillige Tätigkeiten können dazu beitragen, dass sich Menschen in die Gesellschaft eingebunden fühlen. Um dem Gefühl sozialer Ausgrenzung von Menschen im mittleren und höheren Erwerbsalter vorzubeugen, sind zuallererst Anstrengungen zu unternehmen, die Erwerbsbeteiligung zu fördern – dies kommt neben der sozialen Einbindung schließlich auch der finanziellen Absicherung und der Altersvorsorge zugute. Aber auch freiwilliges und ehrenamtliches Engagement spielt eine wichtige Rolle. Damit mehr Menschen davon profitieren können, sollte der Zugang zu solchen Tätigkeiten erleichtert werden – zum Beispiel durch weniger Bürokratie, mehr Anerkennung und Sichtbarkeit sowie durch Angebote, die gezielt sozial benachteiligte Gruppen ansprechen.“

Die detaillierten Ergebnisse sind nachzulesen in Simonson, J., Kausmann, C., & Kelle, N. (2025). Perceived social exclusion in middle and later working life: can volunteering mitigate the negative consequences of non-participation in paid work? Voluntary Sector Review. <https://doi.org/10.1332/20408056Y2025D000000052>

- **Angestellte in Deutschland fehlen so lange wie selten zuvor**

Wer besonders häufig ausfällt und warum, zeigt eine neue Auswertung des Dachverbandes der Krankenkassen. Am häufigsten fehlen Menschen wegen Problemen mit Muskeln und Knochen, wegen Atemwegserkrankungen und wegen seelischer Belastungen. In körperlich belastenden Berufen wie etwa der Altenpflege fallen statistisch gesehen Angestellte am häufigsten aus. Wer wissen will, wie es in der eigenen Branche (nach Alter, Geschlecht und Beruf) aussieht, kann dies in einem Beitrag der Zeit mittels eines Tools auswerten lassen.

zeit.de (für Abonennten) https://www.zeit.de/arbeit/2025-12/krankenstand-branche-haeufige-krankheiten-arbeitnehmer?state=9nWINh7JONSzmy4u&session_state=393732e5-29bb-4911-9255-f178be42b037&iss=https%3A%2F%2Flogin.zeit.de%2Frealms%2Fzeit-online-public&code=2a9ab334-9308-4148-b2f5-2f5b0706d6c6.393732e5-29bb-4911-9255-f178be42b037.0b7ad105-8f18-4ecf-9e7d-0c0615835a2a&utm_medium=email&utm_campaign=Meilenstein%3A%20Online-Plattform%20muss%20I%C3%B6B6schen%C2%A0

Aktueller Gesundheitsreport: bkk-dachverband.de: <https://www.bkk->

dachverband.de/statistik/bkk-gesundheitsreport-2024?utm_medium=email&utm_campaign=Meilenstein%3A%20Online-Plattform%20muss%20I%C3%B6sch%C2%A0

- **Globale Krisen drücken weiter auf die Psyche junger Menschen**

Die neue „Copsy“-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf zeigt: Die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland hat sich auch 2024 nicht vollständig erholt. Nach Corona würden inzwischen wieder mehr junge Menschen von Stress, Ängsten und geringerer Lebensqualität berichten – rund fünf Prozent mehr als vor der Pandemie. Gründe für den Stress sind: Kriege, wirtschaftliche Probleme und der Klimawandel sowie soziale Medien und belastende Nachrichten. Besonders stark betroffen seien Kinder aus Familien mit wenig Geld oder belasteten Eltern. Ein stabiles soziales Umfeld schütze.

uke.de:

https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_160448.html?utm_medium=email&utm_campaign=Meilenstein%3A%20Online-Plattform%20muss%20I%C3%B6sch%C2%A0

- **Ungleichheit steigt, Vertrauen sinkt**
Die Einkommensungleichheit hat sich seit 2018 weiter erhöht.
Darunter leidet auch das Vertrauen in staatliche Institutionen.

Die Ungleichheit der Einkommen hat seit 2010 deutlich zugenommen und mittlerweile einen neuen Höchststand erreicht – ebenso wie die Armutssquote. Ein wichtiger Grund: Die Umverteilungswirkung durch Steuern und Sozialtransfers hat tendenziell abgenommen. Auch wenn sich der Mindestlohn positiv ausgewirkt hat, haben viele Personen mit niedrigen Einkommen unter dem Strich vom Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahrzehnt wenig profitiert. Parallel zur wirtschaftlichen Ungleichheit nimmt die gesellschaftliche Polarisierung zu. Das zeigt der neue Verteilungsbericht des WSI. Mehr: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-ungleichheit-steigt-vertrauen-sinkt-73391.htm>

- **Wohlfahrtsgewinn mit Schattenseiten**
Während die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr zurückging,
haben sich andere -Indikatoren des gesellschaftlichen Wohlstands in Deutschland positiv entwickelt.

Geld kann man nicht essen. Praktischen Nutzen stiftet es erst, wenn es ausgegeben wird. Wobei ein armer Mensch, der sich eine anständige Mahlzeit gönnen kann, mehr an Lebensqualität hinzugewinnt als ein reicher, der ein weiteres Luxusgut erwirbt. Dies und weitere Faktoren spiegeln sich nicht in der Zahl wider, die am häufigsten betrachtet wird, wenn es um den Wohlstand eines Landes geht: das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Mehr: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-wohlfahrtsgewinn-mit-schattenseiten-73339.htm>

- **6. Deutscher Freiwilligensurvey Bericht zur Lage von Engagement und Ehrenamt veröffentlicht**

Der Deutsche Freiwilligensurvey (FWS) ist seit 1999 die Grundlage für die Berichterstattung zur Entwicklung des freiwilligen Engagements. Der Bericht basiert auf der mit über 27.000 Befragten größten Datenerhebung zu dem Thema und liefert alle fünf Jahre ein umfassendes Bild der Entwicklung der Zivilgesellschaft. Der 6. Freiwilligensurvey mit der Datengrundlage von 2024 ist nun als Kurzbericht veröffentlicht.

Mehr: <https://www.bundesregierung.de/breg->

de/bundesregierung/bundeskanzleramt/startseite-staatsministerin-fuer-sport-und-ehrenamt/bericht-zur-lage-von-engagement-und-ehrenamt-veroeffentlicht-2393064

- **DGB-Index Gute Arbeit 2025: Arbeitszeit**

Zu viel? Zu wenig? Oder gerade richtig? Das Schwerpunktthema des DGB-Index Gute Arbeit ist in diesem Jahr "Arbeitszeit". Die Antworten der mehr als 4000 befragten Arbeitnehmer*innen sind deutlich.

Während sich die große Mehrheit maximale tägliche Arbeitszeiten von acht Stunden wünscht, geben 43 Prozent aller Befragten an, (sehr) häufig länger als acht Stunden zu arbeiten. Je öfter dies der Fall ist, desto ausgeprägter sind Probleme bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben. Auch die eigene Erholung und die gesundheitliche Situation werden negativer bewertet.

Alle Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit: <https://index-gute-arbeit.dgb.de/++co++6e3414c2-cbaa-11f0-a176-9d035aa6cc39>

- **einblick-Newsletter des DGB - Ausgabe Dezember 2025**

Die aktuelle einblick-Ausgabe mit folgenden Themen: Rote Karte dem Kahlschlag!; Tarifbindung: Bundesregierung muss handeln; Rente: Mehrheit für stabiles Niveau; Mitbestimmung in Unternehmen unter Druck durch neuen EU-Rechtsrahmen; DGB-Index Gute Arbeit zu Arbeitszeiten; einblick-Sonderausgabe Verteilungsgerechtigkeit; typo3-Awards

Link:

https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Einblick/DGBeinblick_Dezember2025-Januar2026.pdf

- **Wohnarmut: Ein neuer Blick auf unsichtbare Armut**

Die neue Paritätische Wohnarmutsstudie zeigt klar: Wohnkosten sind einer der entscheidenden Treiber sozialer Ungleichheit in Deutschland. 5,4 Millionen Menschen geraten allein durch die Wohnkosten unter die Armutsgrenze – ein Befund, den die bisherige Sozial- und Armutsforschung häufig unterschätzt hat. Nach der Methodik der wohnkostenbereinigten Armutsmessung sind nicht 13 Millionen, sondern 18,4 Millionen Menschen von Armut betroffen.

Wohnarmut: Ein neuer Blick auf unsichtbare Armut

Die Paritätische Forschungsstelle untersucht in ihrem aktuellen Bericht, in welchem Ausmaß Wohnkosten Haushalte in Armut bringen. Hierfür wurde die wohnkostenbereinigte Armutssquote – kurz: Wohnarmut – berechnet. Dabei werden die verfügbaren Einkommen um die tatsächlichen Wohnkosten bereinigt und eine spezielle Wohnarmutsgrenze festgelegt. Diese Methode macht sichtbar, was in herkömmlichen Armutstatistiken unsichtbar bleibt: Wohnkosten treiben Millionen Menschen zusätzlich in Armut.

Zentrale Ergebnisse: 5,4 Millionen Menschen mehr gelten als arm

Die Analyse zeigt ein bislang stark unterschätztes Ausmaß der Armut: 5,4 Millionen Menschen gelten zusätzlich als arm, wenn Wohnkosten berücksichtigt werden. Damit leben insgesamt 18,4 Millionen Menschen – also 22,3 Prozent der Bevölkerung – in Deutschland in Wohnarmut. Viele Menschen leben dadurch unter sozial belastenden Bedingungen, mit negativen Folgen für ihre gesellschaftliche Teilhabe, Gesundheit und ökonomische Entwicklung. Der Wohnungsmarkt entwickelt sich damit zu einem systemischen Risiko für soziale Stabilität.

Ein-Personen-Haushalte sind mit einer Wohnarmutsquote von 40 Prozent besonders belastet und weisen einen Abstand von 11 Prozentpunkten zur konventionellen Armutssquote auf. Hohe Wohnkosten bringen hier besonders viele Menschen zusätzlich in Armut – strukturell bedingt durch allein zu tragende Fixkosten und überdurchschnittlich teure kleine Wohnungen. Auch Familienformen sind stark betroffen: Paarfamilien mit drei

oder mehr Kindern erreichen eine Wohnarmutsquote von 31,2 Prozent, und bei Alleinerziehenden liegt sie mit 40,1 Prozent sogar noch höher – nahezu jede zweite alleinerziehende Familie lebt damit in wohnarmutsverschärften Bedingungen.

Politische Konsequenzen: Eine neue Wohnungspolitik ist notwendig

Um Wohnarmut nachhaltig zu bekämpfen, braucht es eine langfristig angelegte, sozial orientierte Wohnungspolitik. Der Paritätische zeigt in seiner Wohnarmutsstudie zentrale Stellschrauben auf: Entscheidend sind deutlich höhere Investitionen in dauerhaft sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau sowie ein wirksames Mietrecht, das Schutzlücken konsequent schließt.

Link: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/paritaetische-studie-zur-wohnarmut-in-deutschland-zeigt-wohnkosten-treiben-armutszahlen-von-13-auf-184-millionen/>

Link: <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/neue-studie-armut-nimmt-durch-hohe-mieten-immer-mehr-zu>

- **Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist nicht selbstverständlich**

In der Zeitschrift Politik und Kultur analysiert MIDEM-Direktor Hans Vorländer auf Basis des MIDEM-Polarisierungsbarometers aktuelle Dynamiken gesellschaftlicher Spaltung in Deutschland. Der Beitrag zeigt, warum die Unterscheidung zwischen ideologischer und affektiver Polarisierung entscheidend ist, um demokratischen Konflikt von demokratiegefährdender Spaltung zu unterscheiden.

Mehr: <https://politikkultur.de/schwerpunkte/zusammenhaltinvifalt/gesellschaftlicher-zusammenhalt-ist-nicht-selbstverstaendlich/>

- **MIDEM Polarisierungs-barometer: Bei welchen Themen Deutschland wirklich gespalten ist**

MIDEM Polarisierungsbarometer zeigt die ideologische und affektive Polarisierung in Deutschland 2025: Mehr als 81 Prozent der Deutschen nehmen die Gesellschaft als gespalten wahr. Dabei wird dem Thema Zuwanderung das größte Spaltungspotenzial zugeschrieben. Das stärkste Maß an ideologischer Polarisierung kommt den Themen Klimaschutzmaßnahmen und Unterstützung der Ukraine zu. Zusammen mit dem Thema Zuwanderung ist hier auch die höchste affektive Polarisierung festzustellen. Das zeigt das Polarisierungsbarometer des Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Die Befragung von knapp 34.000 Personen in acht EU-Ländern, darunter fast 4.400 in Deutschland, macht deutlich: Bei manchen Themen gehen die Meinungen weit auseinander, ohne dass der demokratische Zusammenhalt leiden muss. Bei anderen eskalieren Konflikte, weil aus politischen Gegnern Feinde werden. Und wieder andere Themen zeigen: Selbst dort, wo inhaltlich weitgehend Konsens herrscht, blockiert eine hohe Emotionalität die konstruktive Auseinandersetzung.

Mehr: <https://tu-dresden.de/tu-dresden/newsportal/news/tbd>

- **Immer mehr Geflüchtete haben einen Job: Umsetzungsbericht 2024 zum Gesamtkonzept Integration und Partizipation**

Senatorin Cansel Kiziltepe: „Der Umsetzungsbericht liefert wichtige Fakten und zeigt deutlich, dass die Integration geflüchteter Menschen in unserer Stadt immer besser gelingt. Gerade in Zeiten diskriminierender Debatten über Geflüchtete ist dieser Faktencheck unverzichtbar. Wer verstehen will, wo Berlin steht und was wir noch alles tun müssen, bekommt mit diesem Bericht einen umfassenden Überblick.“ Berlin treibt den Aufbau einer inklusiven Stadtgesellschaft voran. Der Umsetzungsbericht zeigt: Vieles hat sich verbessert, doch zentralen Herausforderungen in der Integration und Partizipation geflüchteter Menschen muss die Stadt weiterhin entschlossen begegnen. Der Bericht liefert eine Grundlage für die Integrations- und Teilhabepolitik in Berlin. Rund fünf Prozent der Berliner Bevölkerung haben eine Fluchtgeschichte. Die Zahl der

Geflüchteten hat in den vergangenen Jahren weiterhin zugenommen, insbesondere seit 2023 und seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Ukraine, Syrien und Afghanistan sind die häufigsten Herkunftsländer. Der Bericht zeigt die Wirkung gezielter Sprach- und Beratungsangebote: Die Beschäftigungsquote steigt und die Arbeitslosigkeit sinkt.

Insbesondere geflüchtete Frauen nehmen eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit auf. Gleichzeitig zählen der Zugang zu Kinderbetreuung und Sprachkursen weiterhin zu den größten Hürden, die zu überwinden sind.

Der Bericht ist unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.berlin.de/lb/intmig/landingpages/landingpage.1620051.php>

- **Pinkstinks Germany e.V.: große Datenbank mit Anlaufstellen in ganz Deutschland**

Aufgelistet sind bundesweit mehr als 1000 Anlaufstellen, sortiert nach 9 Themen und 16 Bundesländern, an die ihr euch wenden könnt, wenn ihr Gewalt erfahrt, bedroht werdet oder aus einem anderen Grund Hilfe braucht, zum Beispiel bei Themen wie Schwangerschaftsabbruch, Care Arbeit oder auch Diskriminierung.

Hilfe-Datenbank: https://pinkstinks.de/hilfe-erhalten/anlaufstellen/?mtm_campaign=NL-Anlaufstellen&mtm_kwd=CTA-Anlaufstellen

- **Geschichte des 25.11. – des Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen**

Dieses Datum prägte feministische Bewegungen schon lange vor seiner UN-Anerkennung 1999. Der Tag erinnert an die Ermordung der Mirabal-Schwestern 1960 in der Dominikanischen Republik: Ihre Geschichte inspirierte karibische und lateinamerikanische Frauenrechtsaktivist*innen 1981 dazu, den 25. November als Aktionstag auszurufen. Seither steht er weltweit für den Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

Feministische Bewegungen haben über Jahrzehnte Aufklärung betrieben, Gegenöffentlichkeiten geschaffen und Schutzzäume erkämpft. Das zeigen auch die i.d.a.-Fundstücke https://ida-dachverband.de/aktuelles/fundstuecke/25-november-aktionstag-gegen-gewalt-frauen-1?language_content_entity=de zum Thema: Sie reichen von feministischen Selbsthilfeinitiativen über strukturell verankerte Angebote wie Frauenhäuser für Migrantinnen bis hin zu Debatten der 1990er-Jahre und der „Reclaim the Night“-Bewegung. Gemeinsam erinnern sie daran, dass geschlechtsspezifische Gewalt historisch tief verankert ist – und dass feministische Gegenwehr immer auch Zukunft eröffnet.

Mehr dazu: <https://mailchi.mp/digitales-deutsches-frauenarchiv.de/ddf-newsletter-2025-11?e=7186a782b7>

- **Eine Bitte: Machen wir Diskriminierung in Deutschland sichtbarer!**

Beteiligt euch bitte bis zum 28.2.2026 an der Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu Diskriminierung in Deutschland. An dieser können alle Menschen ab 14 Jahren teilnehmen, die in Deutschland Diskriminierung erlebt haben. Die Teilnahme ist anonym, barrierearm und in vielen Formaten und Sprachen möglich. Leider sieht es so aus, als ob die absolut notwendige Reform des Antidiskriminierungsrechtes von der Bundesregierung nicht ausreichend umfassend genug umgesetzt werden wird. In Zeiten, in denen gleiche Rechte für alle in Frage gestellt werden, ist eine große Beteiligung an der Umfrage also wichtiger denn je. Alle wichtigen Informationen und den Online-Fragebogen finden Sie hier: www.diskriminierung-umfrage.de